

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN AUS DEM LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

AUSGABE 4 · 39. JAHRGANG · 14. WAHLPERIODE · 16.4.2008

Lokalfunk

S. 3

Um die Zukunft des Lokalfunks in Nordrhein-Westfalen ging es in der Anhörung des Hauptausschusses. Digitalisierung, Bürgernähe und mögliche Veränderungen der Werbemärkte waren einige Stichworte der Experten.

Meinungsbild

S. 4

Für Muslime hat das westliche Wertesystem hohe Bedeutung. Die wenigsten, sieben Prozent, lehnen es radikal ab. Das ergab eine Studie, die die Landtagsabgeordneten in einer Aktuellen Stunde ausführlich erörterten.

Kassenlage

S. 8

Die Städte und Gemeinden bekommen Millionen zurück, die sie zu viel in den Fonds Deutsche Einheit gezahlt haben. Das ändert aber nichts Grundlegendes an der Lage der kommunalen Kassen. Sie bleibt weiterhin angespannt.

Ausbau

S. 18

Die Alten- und Pflegeheime im Land stehen wirtschaftlich gut da. Aber was bringt die Zukunft? Sicher einen größeren Bedarf an Plätzen und höheren Mittelaufwand für den Ausbau. Vorausschau dazu im Sozialausschuss.



**Bibliotheken – Orte und Angebote
für Bildung, Integration und Lernen**

Inhalt

Inhalt/Kommentar	2
Keine Bange vor der Zukunft	3
<i>Experten sprechen über den Lokalfunk in der digitalen Welt</i>	
Radikale Muslime ...	4
<i>... sind in der Minderheit – Interkultureller Dialog ohne Alternative</i>	
Schneller zum Abitur	5
<i>Opposition rügt Regierung: Maßnahmen reichen nicht aus</i>	
Ringen um Positionen	6
<i>Nach der Hessenwahl erörtert der Landtag Folgerungen für NRW</i>	
Nachbeben im Plenum	7
<i>Erdstöße an der Saar beschäftigen den Landtag NRW</i>	
„Ende eines guten Haushaltsjahrs“	8
<i>Gemeinden erhalten zu viel gezahlte Mittel für deutsche Einheit zurück</i>	
Umstrittene Termingestaltung	9
<i>Opposition gegen die von der Koalition geplante Zusammenlegung</i>	
Dank an Büchereien im Land	10-11
<i>Alle Fraktionen einig in der Bedeutung der Bibliotheken</i>	
Die Wende eingeleitet	12
<i>Büchereien des Landes rücken ins politische Blickfeld</i>	
Wege zu mehr Einnahmen	13
<i>Ausschuss erörtert Steuererhebung und Effizienzsteigerung</i>	
Aktuelles aus den Ausschüssen	14
„Augen nicht verschließen“	15
<i>Experten wollen Runden Tisch zum Thema Prostitution</i>	
Aus den Fraktionen	16-17
Frage nach der Qualität	18
<i>Expertengespräch im Ausschuss: Bessere Pflege über den Preis?</i>	
Porträt: Karl Schultheis (SPD)	19
Früher Kampf um Demokratie	19
Impressum	19
Geburtstage und Personalien	20

Die Stunde der Büchereien

Bei der vom Konsens getragenen jüngsten Debatte über die Lage der Büchereien und Bibliotheken im Land gab es von keiner Seite ein böses Wort. Im Gegenteil: Die Abgeordneten, die die beiden Anträge von SPD und CDU sowie FDP erörterten, waren sich einig in der Einschätzung der Lage und der Absicht, für eine nachhaltige Verbesserung zu sorgen.

Das ist eigentlich nichts Neues. Die Büchereien wurden immer geschätzt und gelobt. Und dies auch dann, als das Geld gekürzt wurde, als man das Filialnetz ausdünnte, als Personal eingespart wurde und sich in Folge die Arbeit verdichtete. Immer hieß es: Hier geht es um eine unverzichtbare Bildungseinrichtung. Die müssen wir bewahren und ausbauen, wenn es mal wieder besser geht.

Diese Situation ist jetzt da. Die konjunkturelle Lage und die erklärte Absicht der Landesregierung, die Ausgaben für Kultur zu verdoppeln, sorgen für Aufwind. Das Land gibt wieder mehr Geld für Projekte, die die Kraft einzelner Träger überschreiten. Damit sind die Büchereien aber nicht über den Berg. Die Städte und Gemeinden, die sie unterhalten, die Bestände anschaffen, erweitern und modernisieren, die Beschäftigten bezahlen und Mäzene und Sponsoren suchen, klagen weiterhin über ihre angespannte finanzielle Lage.

ANALYSE

Was ist zu tun? Aus der freiwilligen Leistung eine Pflichtaufgabe machen? Ein Landesbibliotheksgesetz ausarbeiten und im Landtag verabschieden? So wie es der Schlussbericht der Enquetekommission des Bundestags „Kultur in Deutschland“ nahelegt? Das will wohlüberlegt sein und hat jede Menge Klärungsbedarf. Manches spricht dafür, erst eine Bestandserhebung anzustellen und dann zu überlegen, welche Folgerungen daraus – dann auch wieder im größtmöglichen Konsens? – abzuleiten sind. So vielschichtig wie das Land und seine Menschen ist auch die Büchereilandschaft in NRW. Da gibt es das professionell geführte Großstadtmedienzentrum neben der kleinen Pfarrbücherei, die von ehrenamtlichen Kräften über die Runden gebracht wird (was dieselbe Anerkennung verdient).

Nun mag man sagen: Wir wissen doch längst, wo der Schuh drückt, also ran an die Arbeit. Als Autofahrer wissen wir aber, nach dem Bremsen das Gaspedal durchzutreten, ist kein ideales Vorankommen. Die Bibliotheken brauchen Kontinuität und Verlässlichkeit, um sich weiterzuentwickeln und den gesellschaftlichen Wandel zu begleiten.

JK

Eins von den 45 Lokalradios in unserem Land:
Blick in das Studio von Antenne Münster.



Keine Bange vor der Zukunft

Experten sprechen über den Lokalfunk in der digitalen Welt

Der mediale „Urknall“ muss noch etwas warten. So schnell wird es nicht passieren, dass der analoge Rundfunk über Nacht abgeschaltet und durch digital gesendete Programme ersetzt wird: Nicht 2009, wie ursprünglich von der EU-Kommission anvisiert, nicht 2010, vielleicht im Jahr 2020. 300 Millionen UKW-Empfangsgeräte in Deutschland stellen eine Marktmacht dar. So wird es nicht zum „Big-Bang“ kommen, allenfalls zu einem gleitenden Übergang.

Gegen Millionen von Analogradios kann man nicht im Handstreich angehen – das haben Medienpolitiker, Techniker und Programmierer aus dem Debakel um DAB, Digital Audio Broadcasting – zu Deutsch Digital Radio –, gelernt. Von DAB-gerechten Empfangsgeräten sind in Deutschland erst eine gute halbe Million über den Ladentisch gegangen. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben – wie man es demnächst anders und vielleicht besser machen kann, darüber berieten sich Abgeordnete, Rundfunkveranstalter, Programmierer, Behördenvertreter und technische Experten im Hauptausschuss (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU). „Die Zukunft des Lokalfunks in Nordrhein-Westfalen“ war das Thema der öffentlichen Anhörung.

Sprecher aller Fraktionen waren sich einig, dass der Lokalfunk in Nordrhein-Westfalen ein Erfolgsmodell ist. Seine Beliebtheit bei den Hörern, seine Struktur und seine Verbreitung stehen bundesweit einzigartig da. Aber: Die Digitalisierung wird kommen, auch wenn ein Lokalfunk-Sprecher felsenfest von zwei Dingen überzeugt war: Es gibt – auf absehbare Zeit – eine analoge Zukunft des Lokalfunks. Und: Auch in der digitalen Welt wird der Lokalfunk seinen Platz behaupten.

Das wird nicht ohne Änderungen vonstatten gehen. Die künftige Frequenzvielfalt er-

höht erheblich den Nutzen, den die Menschen aus diesem medialen Angebot ziehen können. Es wird neue Dienste, neue Programminhalte, neue Empfangsgeräte wie internetfähige Handys geben. Mit anderen Worten, eine „digitale Dividende“ stellt sich ein. Wie sie im Einzelnen aussehen wird, darüber zerbrechen die Beteiligten sich noch den Kopf. Die NRW-Landesanstalt für Medien (LfM) unternimmt in einem Konsultationsverfahren den Versuch, Hörerwünsche und -erwartungen, Standards, Geschäftsmodelle und Aspekte der Finanzierung zu ergründen. Dabei sind auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen im Blick, die nach Einschätzung der LfM die Digitalisierung behindern und darum angepasst werden müssen.

ZWEI-SÄULEN-MODELL

Bei so viel Veränderungsbedarf stellte sich eine Konstante heraus, das Zwei-Säulen-Modell des nordrhein-westfälischen Lokalfunks. Die Gliederung in Veranstaltergemeinschaft und Betriebsgesellschaft hat sich offenbar so bewährt, dass sie über jeden Streit erhaben ist. Die Macher des Lokalfunks zeigten sich optimistisch (das „extrem erfolgreiche und seiner lokalen Kompetenz unschlagbare Lokalradio“ werde sich für die digitale Zukunft weiterent-

wickeln) und bremsten zugleich die hohen Erwartungen. Mehr (digitale) Frequenzen bedeuteten nicht, dass es vor Ort damit auch mehr Veranstalter geben wird, es werde in der Regel bei einem bleiben. Das sei kein Nachteil, weil das Zwei-Säulen-Modell für „Binnenpluralität“ Sorge. Was sich durch die Digitalisierung technisch ändern werde: Versorgungslücken, die es heute noch gebe, könnten beseitigt werden. Und durch die Einbeziehung des Internets eröffne sich die Chance, verstärkt jüngere Hörer in ihrer Lebenswelt zu erreichen. „Internet-Radio – der Zug rollt“, stimmte ein Abgeordneter zu.

Fast theoretisch mutete die Diskussion an, ob es überhaupt Sinn macht, eine bestimmte Säule in der Kommunikation, den UKW-Hörfunk, zu digitalisieren. Auf deutliche Ablehnung stieß im Ausschuss die Ansicht der EU, bei Frequenzen gehe es bloß um ein handelbares Wirtschaftsgut. Es gehe dabei auch und in erster Linie um ein Kulturgut, und damit sei die Zuständigkeit der Länder gegeben, lautete das Gegenargument. Diese Position durchzuhalten wird angesichts der rasanten technischen Entwicklung nicht leicht sein. Denn immer mehr Mobilkommunikationsanbieter drängen mit neuen Angeboten auf den Markt. Da stellt sich dann die Frage: Was ist Kultur und was Kommerz? JK

Radikale Muslime ...

... sind in der Minderheit – Interkultureller Dialog ohne Alternative

Während in Berlin die Deutsche Islam-Konferenz zum dritten Mal tagte, beschäftigte sich der Landtag auf Antrag der CDU-Fraktion im Rahmen einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Interkulturellen Dialog weiterentwickeln – Ergebnisse der Gallup-Studie sorgfältig analysieren“. Das amerikanische Meinungsforschungsinstitut hatte kurz zuvor die vollständigen Ergebnisse eines wissenschaftlichen Großprojekts zur Gedankenwelt der Muslime veröffentlicht. Über einen Zeitraum von sechs Jahren hatten Wissenschaftler rund 50.000 Direktinterviews mit Muslimen aus 35 Staaten geführt und waren dabei zu erstaunlichen Erkenntnissen gelangt.

Michael Solf (CDU) erklärte: „Die Gallup-Studie belegt das ganz klar: Die große Mehrzahl der Muslime auf dieser Welt steht den Leistungen und Werten des Westens mit Achtung, manchmal sogar mit Bewunderung gegenüber. Konstitutive Elemente der westlichen Welt wie das Recht auf freie Meinungsäußerung und das System der parlamentarischen Demokratie werden geschätzt. Es gibt also sehr wohl eine Basis für den Dialog.“ Man könne aus der Studie Mut schöpfen. Allerdings müssten die muslimischen Mitbürger die Hürden beiseite räumen, die der Emanzipation der Mädchen und jungen Frauen im Weg stünden. Der Abgeordnete: „Ohne Emanzipation keine Integration!“ Aber natürlich könne ein gedeihliches Zusammenleben nur gelingen, wenn den Zuwanderern das Gefühl vermittelt würde, dass sie ernst genommen würden und in unserer Gesellschaft gewollt seien. Im Übrigen plädierte Solf dafür, den Dialog zu einem jüdisch-christlich-muslimischen Dialog zu erweitern.

Angela Tillmann (SPD) sagte, die Ergebnisse der Studie seien überraschend. 93 Prozent der befragten Muslime seien einem moderaten

Spektrum zuzuordnen, nur sieben Prozent radikal. Allerdings hätten bis zu 20 Prozent der Deutschen eine Abneigung gegen Muslime, weil sie ihnen eine Sympathie für Terroristen unterstellten: „Da sprechen die Ergebnisse der Studie eindeutig gegen.“ Auf der anderen Seite fühlten sich Muslime in Schule, Ausbildung und Beruf diskriminiert. Tillmann: „Und ich behaupte: Sie werden auch diskriminiert.“ Schwerpunkte der interfraktionellen Arbeitsgemeinschaft „Islamdialog“ im Landtag seien bisher Migrantinnen und Migranten gewesen, in Zukunft müsse man sich aber ihrer Meinung nach mehr der einheimischen Bevölkerung zuwenden, damit diese sich mehr für Muslime öffne.

Christian Lindner (FDP) sah die Studie kritischer als seine Vorredner, nicht nur weil ein saudischer Prinz sie mitfinanziert habe. „Wenn nur 61 Prozent der Befragten in Saudi Arabien die Gleichberechtigung befürworten, kann ich das nur zum Teil positiv finden, denn dann sind 39 Prozent ja dagegen.“ Die Muslime gäben an, von der Gesellschaft nicht richtig akzeptiert zu werden. „Wir haben aber Prinzipien, an denen wir festhalten wollen, zum Beispiel Koeduka-

tion und gemeinsame Klassenfahrten für Jungen und Mädchen“, sagte der Abgeordnete. „Es kann keinen Rabatt geben, was unser Grundgesetz betrifft.“

Andrea Asch (GRÜNE) meinte, es gebe relevantere deutsche Studien als die Gallup-Studie. Danach seien problematische Einstellungen zur Demokratie bei den Muslimen genauso groß wie bei jungen Deutschen. Der Dialog müsse intensiv auf Länderebene geführt werden, denn diese hätten die Kulturhoheit. Alle Punkte der Islam-Konferenz (islamischer Religionsunterricht, Imamausbildung, Feiertagsgesetz) seien Landesangelegenheit. Die Einführung eines flächendeckenden islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache hänge ganz entscheidend von der Vertretung der Muslime ab. In Nordrhein-Westfalen starte im Sommer der allezeitliche Religionsunterricht, das sei sehr erfreulich.

Integrationsminister Armin Laschet (CDU) erläuterte, die Definition des Verhältnis von Staat und Religion sei auch im Christentum ein jahrhundertelanger Streitpunkt gewesen. Deshalb sei es richtig, dass der Dialog mit dem Islam nun ernsthafter werde. Laut Gallup müssten sieben Prozent der Muslime als „politisch radikalisiert“ eingestuft werden, hier seien klare Grenzen aufzuzeigen. Die überwiegende Mehrheit sei jedoch „politisch moderat“. Dies bestärke die Landesregierung in ihrem integrationspolitischen Ansatz, den interkulturellen Dialog nachhaltig weiterzuentwickeln. Muslime in Deutschland dürfen nicht zur stigmatisierten Minderheit werden: „Wenn Kirchen abgerissen und Moscheen gebaut werden, ist das nicht die Schuld der Muslime“, sagt Laschet und bekam für diesen Satz viel Applaus. „Das ist ein Grundprinzip, dass diese Religion ihre Gotteshäuser hier bauen darf.“ ■



Überzeugter Europäer ...

... machte Station im Landtag: Der Vize-Außenminister der Republik Polen, Jan Borkowski, stattete dem NRW-Parlament seinen Besuch ab und wurde dabei von Landtagspräsidentin Regina van Dinker willkommen geheißen. Borkowski (55), der wissenschaftlich über europäische Themen gearbeitet und mehrere Bücher verfasst hat, betonte die engen Beziehungen zwischen seinem Land und Nordrhein-Westfalen und würdigte die Tätigkeit der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe, die von der Landtagspräsidentin geleitet wird. Foto: Schälte

Schneller zum Abitur

Opposition rügt Regierung: Maßnahmen reichen nicht aus

Das Abitur nach zwölf Jahren („G 8“) stand im Mittelpunkt der Aktuellen Stunde des Plenums Mitte März. SPD und Grüne hatten sie beantragt, weil sie befürchteten, dass diese Reform zu einer massiven Unterrichtsbelastung in den Klassen 5 und 6 führen wird. In zwei getrennten Anträgen (Drs. 14/6377 und Drs. 14/6376) verlangten sie, mehr als nur „kosmetische Korrekturen“ vorzunehmen und den Ganzttag in Gymnasien stärker auszubauen. CDU und FDP hielten dagegen, die Schulzeitverkürzung sei im Konsens mit Lehrern und Eltern erfolgt.

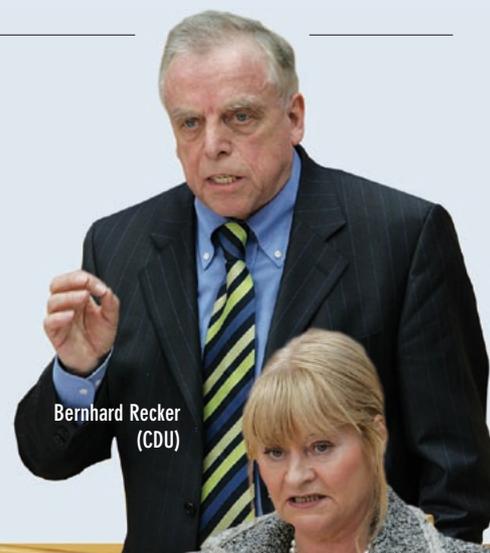
Sigrid Beer (GRÜNE) warf den Koalitionsfraktionen vor, Überbelastung im schulischen Alltag ohne eine vernünftige Mittagsversorgung ziehe gesundheitliche Alarmzeichen bei den Kindern und Jugendlichen nach sich. Der Versuch, den Stoff in weniger Fachstunden unterzubringen, führe zum Beispiel zu einer verstärkten Flucht in die Nachhilfe. Besonders kritisierte Beer, dass aus ihrer Sicht heute Schüler im 7. Schuljahr keine verlässlichen Informationen zu den Entscheidungen über Wahlpflichtfächer hätten. Des Weiteren binde die Tatsache, dass Grundfächer geblockt würden, massenhaft Fachlehrer, die aber nicht vorhanden seien. Vor diesem Hintergrund befürchtete die Abgeordnete, dass auf das „Schulverkürzungsdesaster“ ein „Ober-

stufendesaster“ folge. Abschließend warf sie der Landesregierung vor, die Inhalte der Lehrpläne „ideologisch motiviert“ zu straffen.

Ute Schäfer (SPD) ergänzte die Reihe der Vorwürfe. Zwar sei es richtig, nicht nur die Unterrichtszeit in den Blick zu nehmen, die zur Erreichung des Abiturs notwendig ist. Vielmehr sei es notwendig, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit das Abitur nach zwölf Jahren gelingen könne. Mit Blick auf die Vorgaben der jüngsten Kultusministerkonferenz – 265 Wochenstunden seien ab der 5. Klasse über die einzelnen Schuljahre bis zum Abitur zu verteilen – kritisierte sie, dass die Landesregierung ausschließlich in der Sekundarstufe I ein komplettes Schuljahr streiche, was zu einer massiven Unterrichtsbelastung in den Klassen 5 und 6 führe. Die SPD-Politikerin warf der Landesregierung vor, sie habe die Umsetzung der Schulzeitverkürzung verschlafen: „Wer zwölf anstatt der 13 Schuljahre auf dem Weg zum Abitur will, der muss Ganzttag statt Halbttag ermöglichen.“

Bernhard Recker (CDU) wollte wissen, ob es nach wie vor im Landtag Konsens sei, dass eine Schulzeitverkürzung notwendig ist. Er betonte, die Wochenstundenzahl werde gerade in den 5. und 6. Klassen durch die Reform nicht deutlich steigen; von einer massiven Unterrichtsbelastung könne also nicht die Rede sein. In diesem Zusammenhang verwies er auf eine Veröffentlichung der Landeselternschaft, die vor allem die zusätzlichen Stunden zur individuellen Förderung begrüße. Das Schulministerium habe zur Umsetzung mit Lehrern und Eltern ein Maßnahmenpaket vereinbart. Eine solche Zusammenarbeit gebe es auch bei der Arbeit an den neuen, auf die Schulzeitverkürzung bezogenen Kernlehrplänen.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) sah die Position der Landesregierung durch die Grundsatzentscheidung der Kultusministerkonferenz von Anfang März bestätigt. Diese betreffe vor allem die Maßnahmen, die zur Verbesserung der Lernbedingungen eingeleitet worden seien. Da sich die „Halbwertszeit“ des Wissens in immer schneller verkürze, sei die Motivation zu eigen-



Bernhard Recker
(CDU)



Fotos: Schälte

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)

Familienminister Armin Laschet (CDU)

ständigem Lernen in der Bildungspolitik ein entscheidender Ansatz: „Das lebenslange Lernen, die kontinuierliche Weiterbildung, wird eines der zentralen Elemente des zukünftigen Arbeitslebens darstellen.“ Die FDP-Abgeordnete forderte, alle Möglichkeiten der Stundenplangestaltung zu nutzen; dann könnten die Schüler sogar entlastet werden und die bestmögliche Förderung erhalten.

Familienminister Armin Laschet (CDU) erinnerte daran, seit 2004 gebe es einen Konsens, die Schulzeit zu verringern. In Vertretung von Schulministerin Sommer (CDU) stellte er fest: „Wir haben die Mängel des damaligen Verkürzungsgesetzes beseitigt.“ Laschet wehrte sich gegen den Vorwurf, die Umsetzung des „Turbo-Abiturs“ führe zu gesundheitlichen Belastungen bei Kindern und Jugendlichen. Eine Zunahme der Belastung in der Mittelstufe könne in NRW auch deshalb ausgeschlossen werden, da man Lehrstoff aus der Mittel- in die Oberstufe verlagert habe. Als weiteres zentrales Ziel der Landesregierung hob der Minister die verstärkte individuelle Förderung hervor, zum Beispiel durch die Bildung von kleineren Lerngruppen. ■



Sigrid Beer (GRÜNE)

Ute Schäfer (SPD)

Ringen um Positionen

Nach der Hessenwahl erörtert der Landtag Folgerungen für NRW

„Keine linken Spiele zulasten unserer Republik“ – das forderten CDU und FDP in einem Antrag (Drs. 14/6323), dem die Abgeordneten mit der Koalitionsmehrheit zustimmten. Der Entschließungsantrag des fraktionslosen Abgeordneten Rüdiger Sagel (Drs. 14/6384) wurde dagegen von allen vier Fraktionen abgelehnt.

Helmut Stahl, Fraktionsvorsitzender der CDU, meinte, die SPD habe nach der hessischen Landtagswahl „den größten anzunehmenden Unfall seit Jahrzehnten“ erlebt. Dass der SED-Nachfolgepartei das Tor in den Westen geöffnet worden sei, liege nicht nur an Oskar Lafontaine, sondern an der Hilfe durch die SPD. An vorderster Front derer, die den Damm gebrochen hätten, stehe die SPD-Landesvorsitzende in NRW, „Frau Kollegin Kraft“. Die habe die Linke aus der politischen Schmutzlecke geholt, als sie sich geweigert habe, eine Zusammenarbeit mit der Linken auszuschließen. Die SPD-Vorsitzende müsse darauf antworten, ob sie für die Koalition mit einer Partei offen sei, in deren

Hinzukomme die Frage, ob eine demokratische staatstragende Partei mit Gruppierungen zusammenarbeiten dürfe, die nicht mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung übereinstimmen. Papke: „Ich appelliere an Sie, kehren Sie um! Sie sind auf einem Irrweg!“

Michael Groschek (SPD) konterte: Wenn die CDU verlange, die SPD sollte sich nach links abgrenzen, „dann gucken wir uns doch mal an, wie bei Ihnen die Abgrenzung nach rechts aussieht“: Bei der Union sei es ungebrochene Tradition, „dass der rechte Rand eben keine rechte Randgruppe ist, sondern dass er immer wieder den Weg in Ihre Mitte findet“. Und wie sehe die

auf der anderen Seite des sozialen Spektrums „eine zunehmende Maßlosigkeit“. Der soziale Unfrieden treibe die Leute bis zur „Weißglut“. Dass die Linken im Westen gewählt werden, sei auch eine Realität in den Parlamenten. „Dann müssen wir uns der inhaltlichen Auseinandersetzung stellen“, fand Priggen. Er sei der Meinung, die Linke sei im Plenum überflüssig, weil sie zur Lösung der Probleme nichts beitrage. Darum sei eine vernünftige inhaltliche Auseinandersetzung, eine klare Diskussion der Sachfragen „und ein Eingehen auf die Menschen, die von ihren Ängsten dazu getrieben werden, eine Partei zu wählen, mit der sie eigentlich nichts zu tun haben, das Gebot der Stunde“. Hier gehe es um einen zusätzlichen Mitbewerber auf dem Parteienmarkt, „mit dem wir uns wie mit allen anderen auseinandersetzen“.

Hendrik Wüst (CDU) sah die SPD in der Frage der Zusammenarbeit mit der Linken „tief gespalten“. Er vermisse die Auseinandersetzung der SPD mit der Linken und gab der nordrhein-westfälischen SPD auf den Weg: „Wer mit den Linken paktiert, macht arbeitslos, enteignet seine Enkel, spaltet unser Land!“



Fotos: Schälte

Helmut Stahl (CDU)

Dr. Gerhard Papke (FDP)

Michael Groschek (SPD)

Reiner Priggen (GRÜNE)

Reihen Leute saßen, die das „Gebot der Freiheit mit Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl beantwortet haben“. Er, Stahl, setze in dieser Frage auf einen „Aufstand der anständigen Bürgerinnen und Bürger in unserem Bundesland“.

Dr. Gerhard Papke, FDP-Fraktionsvorsitzender, war ebenfalls der Meinung, niemand habe so sehr wie Kraft „die PDS-gesteuerte Kaderpartei hoffähig gemacht“. Es sei die politische Verantwortung der nordrhein-westfälischen SPD, „eine Sekte von Trotzkiten, Maoisten und anderen Spinnern gehätschelt und aufgewertet zu haben“, fand Papke und sah die SPD nach Hessen in einer „fundamentalen Glaubwürdigkeitskrise“: Erst wolle man keine Zusammenarbeit, dann werde sie nicht ausgeschlossen.

Auseinandersetzung der CDU mit links aus? Groschek: „Wer hat die Menschen und Moneuten der Blockparteien Ost-CDU und Bauernpartei bei sich einverleibt?“ Wer habe mit der Nulltarifflüge bei der deutschen Einheit Wahlbetrug begangen? „War das Dr. Rüttgers (als Bundesminister und parlamentarischer Geschäftsführer und als stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Bund) oder waren das unsere Leute? Von daher: Seien Sie nicht naseweis.“ Die Devise müsse lauten: Erst die Programme und Personen anschauen, dann urteilen, aber nicht vorverurteilen!

Reiner Priggen (GRÜNE) erklärte die Erfolge der Linken bei den Wählern damit, dass es auf der einen Seite zunehmende Ängste gebe und

Christian Lindner (FDP) fand die Linke kommunistisch durchsetzt, sie sei „keine demokratische Partei im Verfassungsspektrum“. Deren Wähler kämen aus einem Milieu, das anderenorts den französischen Rechtspopulisten Le Pen wähle. Mit ihren Angstkampagnen seien SPD und Grüne „Steigbügelhalter für die Linke“.

Rüdiger Sagel (fraktionslos) nannte die Debatte um die Linke, deren Mitglied er ist, „unerträglichen Klamauk“. Die Linke habe in NRW „hervorragende Positionen“, die er dem Landtag in einem eigenen Antrag habe zukommen lassen. Zur Koalition: Was die Linke angehe, „wir stehen auf dem Boden der Verfassung. Sie tun es nicht.“

Nachbeben im Plenum

Erdstöße an der Saar beschäftigen den Landtag NRW

Die Erdstöße im Saarland Ende Februar führten im Plenum des anderen Steinkohle fördernden Landes Nordrhein-Westfalen zu einem parlamentarischen Nachbeben. In einem Eilantrag verlangten CDU, FDP und Grüne (Drs. 14/6379 neu), Planungssicherheit für die Bergbaustandorte herzustellen; es dürfe keine zusätzlichen Lasten für NRW geben. Der Antrag wurde angenommen. Keine Zustimmung fand dagegen der Entschließungsantrag der SPD (Drs. 14/6411). Sie wollte keine „zusätzliche Verunsicherung der Bergleute und Bergbaustandorte“ und verlangte von der Landesregierung, „verantwortungsvoll zu reagieren“.

Reiner Priggen (GRÜNE) zeigte sich überrascht darüber, dass die RAG Deutsche Steinkohle zwar die Bergbaustandorte für die Zechenstilllegungen beschließen, allerdings die Namen der Standorte nicht vollständig zu veröffentlichen beabsichtigt. Diesen Umstand bezeichnete er als „ein Stück aus dem Tollhaus“ und fasste zusammen: „Das ist doch irrsinnig und ist gegen die Interessen der Kommunen, der Zulieferer und gegen die Interessen junger Leute, die im Bergbau beschäftigt sind.“ Priggen forderte die RAG auf, allen Beteiligten „reinen Wein einzuschenken.“ Darüber hinaus merkte der Abgeordnete an, dass eine vorzeitige Schließung des Bergwerks Saar nicht zu einer Laufzeitenverlängerungen in Nordrhein-Westfalen führen dürfe.

Lutz Lienenkämper (CDU) stimmte der inhaltlichen Zielrichtung seines Vorredners ausdrücklich zu und unterstrich ebenso, „dass Planungssicherheit für alle Bergbaustandorte herrschen muss.“ Mit aller Deutlichkeit forderte auch Lienenkämper die RAG auf, ihre Beschlüsse zu veröffentlichen. „Das gilt insbesondere für die Gebiete mit gravierenden Bergschäden und da, wo Hochwasserrisiken bestehen“, so der Appell des Abgeordneten. Weiterhin mahnte Lienenkämper die SPD-Fraktion zur Vorsicht sowie zum Umdenken: „Streuen Sie den Bergleuten keinen Sand in die Augen, sondern lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass die Standorte und die Bergleute anständig über die Stilllegungsplanungen informiert werden.“

Norbert Römer (SPD) unterstellte der schwarz-gelben Koalition, aus den Ereignissen im Saarland „parteiliches Kapitel“ zu schlagen. Er betonte, mit der kohlepolitischen Verständigung vom Februar 2007 und dem Steinkohlefinanzierungsgesetz seien die maßgeblichen Entscheidungen zur Weiterführung des Steinkohlebergbaus mindestens bis zum Jahre

2018 getroffen worden. „Durch das Beben an der Saar hat sich diese rechtliche Ausgangslage überhaupt nicht geändert“, so Römer. Er forderte die Landesregierung auf, vertragstreu zu bleiben und die vereinbarte kohlepolitische Verständigung umzusetzen. „Wir brauchen diese Option – auch als Versicherung gegen die wachsenden Risiken auf den Weltenergiemärkten.“

Dietmar Brockes (FDP) hielt Römer vor, „immer noch die Debatte von gestern, ja vorgestern“ zu führen. Das Erdbeben an der Saar, so Brockes, habe „einer breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt, dass der Abbau von Steinkohle in Deutschland mit unkalkulierbaren Risiken einhergeht.“ Folglich sei das Ereignis im Saarland „ein unüberhörbares Signal“ nicht nur an die RAG, sondern auch an die Politik. „Die Botschaft der Leute vor Ort lautet nicht länger Glück auf!, sondern Hört auf!“ Deshalb, so der FDP-Abgeordnete, „müssen wir genau darauf achten, dass im Nachgang der unvermeidlichen Schließung des Bergwerks Saar keine Geschäfte zu Lasten Dritter, also keine Geschäfte zu Lasten Nordrhein-Westfalens, abgeschlossen werden.“

Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) verwies auf die im Februar letzten Jahres beschlossene sozialvertragliche Beendigung des Steinkohlebergbaus im Jahre 2018 und stellte im Bezug auf die Forderung des SPD-Abgeordneten Römer fest: „Natürlich ist die Landesregierung vertragstreu.“ Zur Transparenz meinte er, dass die Stilllegungstermine bisher ausschließlich in anonymisierter Form ausliegen. „Als Begründung hat die RAG angeführt, dass dazu noch keine verbindlichen Beschlüsse der Gremien des Unternehmens vorlägen. Das trifft zu, und deswegen muss das auch akzeptiert werden“, so Uhlenbergs Urteil. Auch der Umweltminister legte dar, dass ein „vorzeitiges Ende des Steinkohlebergbaus im Saarland nicht auf Kosten von Nordrhein-Westfalen“ ausgetragen werden dürfe. ■

„Ende eines guten Haushaltsjahrs“

Gemeinden erhalten zu viel gezahlte Mittel für deutsche Einheit zurück

Die Städte und Gemeinden sollen so schnell wie möglich zu viel in den Fonds Deutsche Einheit gezahlte Gelder zurückerhalten. Die Landesregierung, die dazu Ende vergangenen Jahres vom höchsten Gericht des Landes verpflichtet worden ist, hat dafür die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen und dem Landtag zwei Gesetzentwürfe vorgelegt: Einmal den Zweiten Nachtragshaushalt für 2007 (Drs. 14/5830), der die Mehrausgaben in Höhe von 500 Millionen Euro – ohne neue Schulden aufzunehmen – einplant und zum anderen einen Gesetzentwurf (Drs. 14/5840), der wegen der Eilbedürftigkeit der Zahlungen eine Abschlagsregelung vorsieht. Die Koalitionsmehrheit stellte die Verabschiedung gegen das Votum der Opposition sicher.

Volkmar Klein (CDU) bezeichnete die Verabschiedung des Pakets als gute Nachricht für Land und Kommunen: Die würden schnell Abschläge auf die nach Meinung des Gerichts überzahlten Beiträge erhalten – dafür sehe das Land 650 Millionen Euro vor. Für das Land, weil mit der Lösung für mehr Generationengerechtigkeit durch eine weitere Reduzierung der Nettokreditaufnahme gesorgt werde. Die Landesregierung sehe vor, die Abschläge sowohl als zusätzliche Schlüsselzuweisungen (87 Prozent) als auch in Form der Investitionspauschale (13 Prozent) an die Kommunen zu verteilen. Mit dieser Lösung werde eine höhere Verteilungsgerechtigkeit erreicht. Der Abgeordnete konnte einen Verstoß gegen das Jährlichkeitsprinzip und gegen das Gebot der Wirtschaftlichkeit im Haushaltsrecht, wie von der Opposition behauptet, nicht erkennen. Klein zum Schluss: „Wir halten das Zweite Haushaltsgesetz 2007 insgesamt für geeignet, das Vertrauen der Kommunen in diese Landesregierung weiter zu erhöhen.“

Hans-Willi Körfges (SPD) sah das anders: Man rede hier nicht über die große Güte der Landesregierung, „sondern über die gerichtlich ge-

botene Rückzahlung zu Unrecht vereinnahmter Solidarbeiträge von den Kommunen“. Es sei eine „Selbstverständlichkeit“, den Kommunen endlich das zurückzugeben, was ihnen zustehe. Der Abgeordnete warnte die Regierung vor einem „Vabanquespiel“ und den daraus resultierenden juristischen Komplikationen (einen erneuten Gang vor das Verfassungsgericht in Münster schloss er nicht aus). Sodann stellte er einen Verstoß gegen das Jährlichkeitsprinzip fest, weil im Haushalt dieses Jahres 150 Millionen für 2008 bereitgestellt werden sollen. Körfges kritisierte die Gesamtsumme von 650 Millionen Euro als zu gering. Er plädierte für den Vorschlag der SPD, die Abschläge über die Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden zu verteilen.

Angela Freimuth (FDP) bezeichnete das Abschlagsgesetz als „zügige und unbürokratische Reaktion“ auf das Gerichtsurteil. Die Abschlagsbeträge basierten nicht auf Berechnungen, sondern auf vorläufigen Schätzungen. Da werde ein noch zu beratendes Abrechnungsgesetz folgen müssen, „in dem die endgültige Höhe der Beträge der Kommunen an den Kosten der deutschen Einheit, die Verteilungsregelung sowie auch die Um-

lagewirksamkeit festzulegen sein werden“. Die Abgeordnete betonte, die Kommunen könnten die zusätzlichen Mittel gut gebrauchen. Dennoch seien viele immer noch hoch verschuldet: „Wir müssen uns deswegen auch mit der Frage der Gemeindefinanzen deutlicher und intensiver auseinandersetzen“, erklärte Freimuth.

Horst Becker (GRÜNE) urteilte in Richtung Schwarz-Gelb: „Sie führen hier ein kommunalfindliches Stück aus dem finanzpolitischen Tollhaus auf.“ Die Regierung verteile keine Wohltaten, „sondern Sie sind dabei, sich aus einer Rückzahlung von zu viel geleisteten Beiträgen der Kommunen herauszustehlen“. Sie versuche außerdem, sich durch die regressive Gestaltung der Beträge „auf der Zeitachse hinter Wahlen zu pfuschen“. Letzten Endes werde ein Auszahlungsverfahren gewählt, „das gegenüber der kommunalen Familie willkürlich und obendrein noch mit Bedingungen verknüpft ist, die dort nicht hingehören, weil Sie vorher zu hohe Beiträge erhoben haben“.

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) kündigte an, das Geld könne den Gemeinden nach Verabschiedung der Gesetze noch bis zum Monatsende ausgezahlt werden: „Schneller geht es nun wirklich nicht.“ Der Minister blickte zurück und rechnete vor, den Kommunen flössen im Haushaltsjahr 2008 insgesamt 8,8 Milliarden Euro zu, „das sind fast zwei Milliarden Euro mehr als im Jahr 2005. Von diesen Zuwächsen konnten die Kommunen unter Rot-Grün noch nicht einmal träumen.“ Linssen lobte die schwarz-gelbe Haushaltspolitik: „Unser Weg ist konsequent auf Haushaltssanierung ausgerichtet.“ Die Steuermehreinnahmen würden zur Absenkung der Nettoneuverschuldung genutzt, außerdem werde die Versorgungsrücklage um zusätzliche 925 Millionen aufgestockt. Mit dem Zweiten Nachtragshaushalt 2007 lege die Regierung ein solides Zahlenwerk vor. Heute werde ein guter Schlusspunkt unter ein gutes Haushaltsjahr gesetzt. ■



„Wer die Shoah ...“

... vergisst, vermehrt das Leid der Opfer“ – diesen Satz schrieb beim Besuch einer Delegation der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe der Vorsitzende der Gruppe, Edgar Moron, in das Gedenkbuch der Erinnerungsstätte Yad Vashem. Dort legte Moron zusammen mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU, Peter Biesenbach, sowie der Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Sylvia Löhrmann, einen Kranz nieder. Die nordrhein-westfälischen Parlamentarier weilten zu einem kurzen Informationsbesuch in Israel, um den Israel-Abend des Landtags am 4. Juni aus Anlass des 60. Jahrestags der Proklamation des Staates Israel vorzubereiten. Sie führten auch Gespräche mit dem Präsidium des israelischen Parlaments, der Knesset.

Umstrittene Termingestaltung

Opposition gegen die von der Koalition geplante Zusammenlegung



Foto: Schütte

Auf einen gemeinsamen Termin wollen CDU und FDP die Kommunal- und Europawahlen legen (Drs. 14/6398). Laut Koalitionsbeschluss sollen die Kommunalwahlen um vier Monate von Oktober auf Juni 2009 vorgezogen werden. SPD und Grüne kritisieren diese Pläne. In zwei Anträgen (Drs. 14/6315 sowie Drs. 14/6336) sprachen sie sich für den ursprünglich vorgesehenen Termin gemeinsam mit der nächsten Bundestagswahl aus. Im Plenum debattierten die Abgeordneten über die unterschiedlichen Ansichten zur Wahl des Wahltags.

Hans-Willi Körfges (SPD) warf den Regierungsfractionen vor, mit ihren Plänen „parteiliche Machtinteressen“ zu verfolgen. Durch die Zusammenlegung von Kommunal- und Europawahlen solle eine hohe Wahlbeteiligung verhindert werden, vermutete Körfges. Er kritisierte, dass mit vorgezogenen Kommunalwahlen amtierende und neu gewählte Gemeindeorgane für mehr als vier Monate parallel zueinander existieren. „Wir haben dann einen amtierenden Rat, amtierende Hauptverwaltungsbeamte, und wir haben welche, die schon gewählt sind und sich in der Warteschleife befinden.“ Die Pläne von CDU und FDP seien daher nicht mit dem geltenden Verfassungsrecht zu vereinbaren. Für seine Fraktion kündigte er an, eine Klage vor dem nordrhein-westfälischen Verfassungsgericht in Münster zu unterstützen.

Horst Becker (GRÜNE) betonte, mit ihrem Vorhaben würden CDU und FDP die kommunale Demokratie mit Füßen treten: „Sie entkoppeln nämlich einen Wahltermin vom Auslaufen der Wahlperiode um viereinhalb Monate.“ Das, so Becker, seien immerhin 7,5 Prozent der gesamten Wahlperiode. In dieser Zeit zwischen vorgezogenen Kommunalwahlen und dem Ende der Wahlperiode Zeit werde es in den Kommunen eine Menge von abgewählten Mandatsträgern geben, deren Handeln dann nicht mehr von den Wählerinnen und Wählern nachträglich sanktioniert werden könne. Becker forderte die Regierungsfractionen auf: „Kommen Sie zurück zum ordentlichen Brauch unter Demokraten. Setzen Sie sich mit allen Parteien zusammen und machen Sie nicht dieses Gehampel zulasten kommunaler Demokratie!“

Hendrik Wüst (CDU) lehnte die Anträge der Oppositionsfractionen ab. Er befürchtete, dass kommunalpolitische Themen durch die Bundespolitik überlagert werden könnten. „Wir wollen, dass erfolgreiche Kommunalpolitik christdemokratischer Kommunalpolitiker auch zur Geltung kommt. Das kann sie natürlich bei einer Europawahl viel besser.“ Die verfassungsrechtlichen Bedenken der Oppositionsfractionen wies Wüst zurück. Ein „anständiger Amtsübergang“ sei garantiert. Er kam in diesem Zusammenhang auf die Wahlpraxis in den USA zu sprechen: „Die größte wirkliche Demokratie der Welt kennt es seit Langem, dass jemand gewählt, aber noch für mehrere Monate nicht im Amt ist.“

Horst Engel (FDP) begrüßte die Pläne der Koalitionsfractionen, Kommunal- und Europawahlen dauerhaft zusammenzulegen. „Mit dieser Entscheidung wollen wir die Bürger davor bewahren, innerhalb weniger Monate zu drei verschiedenen Terminen zur Wahlurne gerufen zu werden.“ Bei terminlich getrennten Kommunal-, Bundestags- und Europawahlen würde die Wahlbeteiligung sinken. Dagegen sei bei einem gebündelten Wahltermin mit einer steigenden Attraktivität gerade der Kommunalwahlen zu rechnen. Auch würden sich für die nordrhein-westfälischen Kommunen Vorteile in der Organisation der Wahlen ergeben. „Und last but not least: Die Kommunen werden zusätzlich finanziell entlastet, da der Bund einen wesentlichen Teil der Kosten für die Europawahl trägt.“

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) sah in dem Entschluss der Koalitionsfractionen einen Vorteil für die ehrenamtlichen Mandatsträger in den Kommunen. Ihr Engagement werde bei einer Zusammenlegung der Kommunalwahlen mit der Europawahl deutlich besser zum Ausdruck kommen, als dies bei einem gekoppelten Termin mit der nächsten Bundestagswahl der Fall wäre. Die Bedenken der Oppositionsfractionen vermochte der Innenminister nicht zu teilen. In Nordrhein-Westfalen sei für Kommunalwahlen keine konkrete Terminfrist vorgeschrieben. Wolf verwies beispielsweise auf das Land Brandenburg, wo eine kommunale Neuwahl schon acht Monate vor Ablauf der aktuellen Wahlperiode möglich sei. „Von daher bin ich bei dieser Frage ganz entspannt und meine, dass das ohne Weiteres machbar ist.“

Rüdiger Sagel (fraktionslos) urteilte: „Wir haben hier den schlimmsten Fall eines verfassungswidrigen Bruchs der Demokratie.“ Er befürworte eine Verfassungsklage, um vorgezogene Kommunalwahlen zu verhindern. ■

Dank an Büchereien im Land

Alle Fraktionen einig in der Bedeutung der Bibliotheken

Nach eher mageren Zeiten deutet sich ein Silberstreif am Horizont an: Das Land gibt wieder mehr Geld für die Bibliotheken und Büchereien in NRW aus. Im Landtag waren sich alle vier Fraktionen bei der Debatte über Anträge der SPD (Drs. 14/6316) und von CDU und FDP (Drs. 14/6319) einig: Diese Förderung ist wichtig für eine Einrichtung, die in zumeist kommunaler Trägerschaft ein umfassendes Angebot zu Bildung und Information, zu Integration und zur Identifikation mit dem gesellschaftlichen Umfeld macht.



Auch eine Bibliothek – die Bücherei des Landtags. Sie verfügt derzeit über 80.000 Bände und etwa 500 Zeitschriften und Amtsblätter aus den Themenfeldern Politik, Recht, Wirtschaft, Soziales und Landesgeschichte. Als Parlamentsbibliothek ist sie beschränkt öffentlich zugänglich.

Claudia Nell-Paul (SPD) erklärte, ihre Fraktion habe den umfangreichen Antrag eingebracht, „weil wir die Arbeit der Bibliotheken einmal würdigen und sie auch ins Licht der Öffentlichkeit setzen wollen“. Die Arbeit der Bibliotheken bestehe nicht aus „Events“, Bibliotheken hätten aber herausragende Bedeutung für die Kultur und für die Menschen im Land. Drei Landesbibliotheken gebe es; sie dokumentierten als kulturelle Gedächtnisse die Literatur aus unserem Land und über unser Land. Die Finanzierung dieser Gedächtnisarbeits sei aber nicht auskömmlich geregelt. Den entsprechenden Hilferuf nehme die SPD jetzt zum Anlass, ihren Antrag zum Erhalt des leistungsstarken Bibliothekssystems in NRW zu stellen. Daneben stünden den Bürgerinnen und Bürgern praktisch jeden Tag rund 300 Büchereien in kommunaler Trägerschaft und unzählige ehrenamtlich geführte Bibliotheken der Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Vereinen offen. 26 Millionen Besucherinnen und Besucher gebe es pro Jahr, die Tendenz sei steigend. Die öffentlichen Bibliotheken seien ohnehin seit Jahren die meistbesuchten Kultur- und Bildungseinrichtungen in NRW. 66 Millionen Ausleihen im Jahr belegten die intensive Nutzung. Keine andere Einrichtung könne einen solchen Erfolg und eine solche Anerkennung verbuchen, stellte die Abgeordnete fest und bedauerte zugleich, dass die Existenz vieler Büchereien, vor allem in Gemeinden mit Haushaltssicherung, bedroht sei. Andere gerieten immer mehr an den Rand des Existenzminimums – personell und in der Ausstattung. Bibliotheken seien Orte der Integration, des Lernens, sie öffneten sich der Gesellschaft und dem Wandel. Darum sei es an der Zeit, betonte Nell-Paul, „die kommunalen Büchereien und die Büchereien in ehrenamtlicher Trägerschaft nicht mehr länger nur in

Sonntagsreden zu loben, sondern sie nachhaltig durch ein Bibliotheksgesetz zu stärken“.

Monika Brunert-Jetter (CDU) war erfreut: Endlich erkenne die SPD, „dass die Bibliotheken in unserem Land ein wichtiges Element der kulturellen Bildung unserer Gesellschaft sind“. Sie bringe einen Antrag ein, „der in Teilen inhaltlich mit diversen Anträgen der CDU-Fraktion aus der vergangenen Wahlperiode übereinstimmt“. Er und weitere seien von Rot-Grün seinerzeit abgelehnt worden. Rot-Grün habe zudem in der vergangenen Wahlperiode die Bibliotheken in einen „Tod auf Raten“ geschickt, weil die Mittel Jahr für Jahr gekürzt worden seien. Die CDU habe seit 2005 die Haushaltsansätze der Vorgängerregierung nahezu verdoppelt „und damit einen Turnaround in der Finanzierung hinbekommen“. Damit seien aber noch nicht alle Zukunftsfragen des Bibliothekswesens in NRW beantwortet, urteilte die Abgeordnete und kündigte eine Bestandserhebung an, die eine Übersicht über die Bibliothekslandschaft in NRW gebe und gleichzeitig die bisherige Förderpraxis reflektiere. Dafür sei der Bericht zum Stand des Bibliothekswesens in Düsseldorf ein Beispiel, der seit kurzem vorliege. Er zeige auf, „wie die Entwicklung von leistungsfähigen öffentlichen Bibliotheken und Bibliothekssystemen optimiert werden kann und dabei die guten und erprobten Ansätze weiter ausgebaut werden können“. Brunert-Jetter dankte besonders den vielen Bibliothekarinnen und Bibliothekaren, „die ihren Dienst hauptamtlich und teilweise auch ehrenamtlich in den Bibliotheken unseres Landes hochkreativ versehen“.

Angela Freimuth (FDP) sagte, Bibliotheken und Büchereien leisteten wertvolle Hilfe beim Archivieren und beim Bewahren des kulturellen

Erbes, und sie seien „Orte des freien Zugangs zu Wissen, Lernen und Forschen“. Die Abgeordnete fuhr fort: „Insbesondere die örtlichen Bibliotheken in den Städten und Gemeinden nahe bei den Bürgerinnen und Bürgern sind unersetzliche Bildungseinrichtungen. Sie bieten ein breit gefächertes Angebot auch für bildungsfer-



nen Schichten und so sind die Bibliotheken gerade für Kinder und Jugendliche, aber auch für Erwachsene und Migranten eine unverzichtbare Bildungsinstitution.“ Weil sie zudem den oftmals einzigen freien oder kostengünstigsten Zugang zu neuen Medien böten, wirkten sie der „digitalen Spaltung“ der Gesellschaft entgegen. Auch Freimuth erwähnte die Steigerung der Mittel unter Schwarz-Gelb, fügte aber hinzu, es reiche nicht aus, einfach nur mehr Geld zu geben. Wenn man die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission des Bundestags umsetzen wolle, dann bedürfe es dazu im Vorfeld einer Bestandsaufnahme der Bibliothekslandschaft in NRW. Ziel des Antrags der Koalitionsfraktionen

sei die Aufwertung der Bibliotheken: „Wir wollen die Bibliotheken durch ein Bibliotheksförderprogramm in die Lage versetzen, ein modernes und zukunftsorientiertes bibliothekarisches Dienstleistungsangebot vorzuhalten.“ Dabei werde man sehr gründlich vorgehen, „Programmmen“ wie früher werde es nicht geben. Ob man die freiwillige kommunale Aufgabe „Kultur“ in eine Pflichtaufgabe verwandle, sei viel zu kurz gegriffen. Freimuth: „Die Kommunen haben einfach leere Kassen, sind immer in Finanznot und müssen daher teilweise auch bei Pflichtaufgaben Prioritäten setzen.“

Oliver Keymis (GRÜNE) sah in der damaligen schlechten konjunkturellen Situation die Erklärung dafür, dass die Überlegungen zu einem Bibliotheksgesetz nicht weiterverfolgt und die an sich berechtigten Anträge der Opposition zu einer verstärkten Förderung von Rot-Grün abgelehnt worden sind. „Die Basis ist heute ein bisschen anders“, erklärte er: „Erstens ist die Konjunktur Gott sei dank auf unserer Seite. Zweitens kann man über diese Fragen jetzt besser diskutieren, weil die neue Landesregierung sich im Gegensatz zur alten Landesregierung vorgenommen hat, über fünf Jahre den Kulturförderhaushalt zu verdoppeln.“ Darüber sei man froh, das sei für die Kultur im Land gut. Keymis weiter: „Nach meiner Meinung sollte man also diese beiden Anträge übereinander schieben,

„Spass am Buch bleibt“

Bildungsförderung durch ein öffentliches Medienangebot ist bei uns vor allem eine kommunale Leistung. Genügt das?

Brunert-Jetter: Nein, eindeutig nicht. Wenn wir wollen, dass unsere Bibliotheken unabhängige Informations- und Kommunikationszentren sind, die in unserer Wissensgesellschaft den freien Informationszugang für alle Bürgerinnen und Bürger bieten und somit auch den Prozess des lebenslangen Lernens unterstützen, steht auch die Landespolitik in der Pflicht. Deshalb war es für die CDU/FDP-Regierungscoalition auch ein vorrangiges Ziel, die Fördermittel für die kommunalen Bibliotheken bis heute, gemessen an der Vorgängerregierung, nahezu zu verdoppeln.

Berlin schlägt Bibliotheksgesetze der Länder oder einen länderübergreifenden Staatsvertrag vor. Wie ist dazu ihre Meinung?

Hier muss man Vor- und Nachteile weitestgehend abwägen. Ein gesetzlich definierter Auftrag für Bibliotheken könnte dazu führen, dass Kommunen sich danach ausschließlich auf diese Pflichtaufgabe beschränken. Deshalb wollen wir zunächst eine Bestandser-

hebung erstellen lassen, die eine Übersicht der Bibliothekslandschaft in NRW gibt und gleichzeitig die bisherige Förderpraxis reflektiert. Dazu gehört auch, die derzeitigen Infrastrukturen zu überprüfen, einschließlich der Frage nach finanzieller und personeller Ausstattung.

Ein Blick in die Zukunft: Wie werden sich die Bibliotheken im Zeitalter des Internets behaupten können?

Ich bin der Auffassung, dass das Internet niemals das Interesse an Literatur und den Spaß an einem Buch ersetzen kann. Die Bibliothek der Zukunft wird aber die herkömmlichen Angebote mit den neuen digitalen Möglichkeiten verknüpfen. Sie fördert als Informationsdienstleister die Recherchekompetenz als die Fähigkeit, aus einer wachsenden Flut von Informationen die richtigen herauszufiltern, ihre Qualität beurteilen zu können und sie nutzbringend einzusetzen.

Monika Brunert-Jetter (CDU) ist seit 2006 Präsidentin des Verbands der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen.



Fotos: Schälte

womöglich erst die Analyse der Situation betreiben und dann am Ende auf der Basis eines entwickelten Bibliotheksförderprogramms ein Bibliotheksgesetz NRW organisieren und gemeinsam beschließen. Es wäre ein tolles Signal, wenn wir das sogar mit vier Fraktionen aus dem Landtag heraus hinkämen.“

Generationenminister Armin Laschet (CDU) stellte fest: „Gerade von den öffentlichen Bibliotheken wird viel erwartet. Sie sollen die schulische Bildung unterstützen. Sie sollen Angebote zur Sprachförderung für die ganz Kleinen und ebenso für die Zuwanderer machen. Sie sollen den Zugang zu Informationen gewährleisten.

Ein Treffpunkt mit attraktiven und niederschweligen Kulturangeboten sollen sie natürlich auch sein.“ Gleichzeitig seien sie seit Jahren von den Sparzwängen der Kommunen besonders betroffen. Dass sie trotzdem leistungsfähig geblieben seien, „beweist, wie sie mit ihren Leistungen wahrgenommen werden und welches große Engagement und welchen Idealismus viele Bibliotheksbeschäftigte dort einbringen. Das ist nicht immer alles in den normalen Dienstzeiten des öffentlichen Dienstes zu leisten. Bibliotheksangestellte identifizieren sich in besonderem Maße mit ihrer Arbeit. Dafür spreche ich ihnen an dieser Stelle auch einmal unseren ausdrücklichen Dank und unsere An-

erkennung aus.“ Vorbehalte knüpfte Laschet an ein Landesbibliotheksgesetz: Die Regierung bezweifle zum jetzigen Zeitpunkt sehr, ob ein solches Gesetz geeignet sei, die Lage der öffentlichen Bibliotheken deutlich zu verbessern – „zumal offensichtlich niemand genau sagen kann, was in einem solchen Gesetz denn geregelt werden soll“. In jedem Fall sei die von den Koalitionsfraktionen geforderte Bestandserhebung der richtige Einstieg in das Thema. Der Minister: „Erst wenn wir die aktuelle Situation seriös beurteilen können, lässt sich entscheiden, ob ein Gesetz überhaupt hilfreich ist oder ob vielleicht ganz andere Maßnahmen erforderlich sind.“ ■

Die Wende eingeleitet

Büchereien des Landes rücken ins politische Blickfeld

Die SPD-Fraktion forderte mit einem Antrag in der Plenarsitzung vom 13. März 2008, ein Bibliotheksgesetz in den Landtag einzubringen, um die Finanzierung der öffentlichen Bibliotheken in NRW abzusichern. Die Fraktionen von CDU und FDP hingegen möchten zunächst eine genaue Analyse der Situation der Bibliotheken und der daraus resultierenden Handlungsmöglichkeiten vornehmen. Zur abschließenden Beratung und Abstimmung wurden die Anträge an den Kulturausschuss überwiesen.

Hintergrund der Diskussion sind die Empfehlungen der 2005 vom Bundestag eingesetzten Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“. Die Kommission stellt eine prekäre finanzielle Lage öffentlicher Bibliotheken fest, da viele Kommunen ihre Haushaltsdefizite durch Einsparungen unter anderem in den Bibliotheken zu reduzieren versuchen. Andere Einnahmequellen wie Förderkreise könnten das Fehlen öffentlicher Gelder nicht ausgleichen, so dass die Kommission den Ländern nahe legt, Aufgaben und Finanzierung der öffentlichen Bibliotheken in Bibliotheksgesetzen zu regeln. „Öffentliche Bibliotheken sollen keine freiwillige Aufgabe sein, sondern eine Pflichtaufgabe werden“, so die Kommission.

Als „Orte des freien Zugangs zu Wissen, Lernen und Forschen“ seien öffentliche Bibliotheken von großer Bedeutung für die Sprach- und Leseförderung, als Treffpunkt von Kulturen und Generationen, für die Stärkung der Medienkompetenz und für den freien Zugang zu Informationen. Besonders wichtig ist ihre Funktion für die Förderung der Freude am Lesen von Kindern und Jugendlichen, aber auch Erwachsenen. Als die PISA-Studie im Jahr 2000 offenlegte, dass deutsche Kinder und Jugendliche im internationalen Vergleich bei der Fähigkeit, Texte zu interpretieren unterdurchschnittlich abschnitten, war das Aufsehen groß. Denn Lesen ist eine der wichtigsten Grundkompetenzen in der modernen Informations- und Wissensgesellschaft. Es ist der Schlüssel zu Information und Bildung und damit die Voraussetzung für die Teilhabe an Kultur, Gesellschaft und Demokratie. Sowohl für den privaten Alltag als auch für den beruf-

lichen Erfolg ist das Erlernen dieser Kulturtechnik unverzichtbar. Und deshalb sind auch die öffentlichen Bibliotheken unverzichtbar.

BILDUNGSPARTNER

Projekte zu ihrer Unterstützung gibt es bereits. Auf Initiative der Landesregierung, des Städtetags NRW und dem Städte- und Gemeindebund NRW werden Schulen zu Kooperationspartnern der Bibliotheken. „Bildungspartner NRW – Bibliothek und Schule“ soll bei der Einbeziehung von Bibliotheken in die medienpädagogische Arbeit der Schulen helfen. Doch werden die Bibliotheken in NRW auch ohne Aufforderung der Politik kreativ. Alle zwei Jahre veranstalten sie beispielsweise die landesweite „Nacht der Bibliotheken“, in der Nachtschwärmer an Lesungen oder Krimirallies teilnehmen können. 2007 lockten sie damit 65 000 Menschen an. Schulkinder können sich jedes Jahr in den Sommerferien im „SommerleseClub“ anmelden und Vorschulkinder sollen in Zusammenarbeit mit Kindertagesstätten im Rahmen des Projekts „Bist du auch lesekalisch?“ gefördert werden. Um Kosten einzusparen, unterstützen inzwischen Freiwillige die Bibliotheken bei ihren Aufgaben.

Trotz dieser Initiativen von Land, Kommunen und Bibliotheken ist der Druck auf die Bibliotheken groß: Hohe gesellschaftliche Erwartungen bei finanziellen Engpässen. Das führt zu Unmut bei den Betroffenen. Immer wieder seien die Bibliotheken durch Einsparungen in ihrer Qualität beschnitten worden, meint zum Beispiel Monika Rasche, Vor-

sitzende des Verbands der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalens und Leiterin der Stadtbücherei Münster. Sie hofft, dass hinter den Anträgen der Landtagsfraktionen „der Wille der Parteien steht, diesem Trend endgültig ein Ende zu setzen“.

VH

Mehr Nachfrage – weniger Bibliotheken

Zahl der öffentlichen Bibliotheken in NRW:

1750 mit 2027 Standorten
(davon mit hauptamtlicher Leitung 293 Bibliotheken mit 550 Standorten. Der Rest wird in neben- oder ehrenamtlicher Leitung geführt)

Aktive Nutzer:	1,36 Millionen
Besuche:	24,7 Millionen
Bestand an Medien:	20,5 Millionen
Medien pro Einwohner:	1,43
Entleihungen:	66,7 Millionen
Entleihungen pro Einwohner:	4,15

Gesamtausgaben:	185,5 Millionen
Anteil der Personalausgaben:	64 Prozent
Mittel vom Träger:	167,5 Millionen
Drittmittel:	5,4 Millionen
Eigene Einnahmen:	17 Millionen
Eigene Einnahmen decken die Kosten zu	9,2 Prozent
Anteil der Landesmittel an den Gesamtausgaben:	0,76 Prozent

Entwicklungen von 2000 bis 2006:

Zahl der Bibliotheksstandorte sank um 16,2 Prozent
Zahl der Ausleihen stieg um 11,9 Prozent

(Daten aus 2006)

Nach der Sammelphase ...



... geht es für die Volksinitiative „Mehr Demokratie beim Wählen“ jetzt in die Prüfungsphase. Landtagspräsidentin Regina van Dinter lässt ermitteln, ob die von der Initiative für ihr Anliegen gesammelten und in 25 Umzugskartons beigebrachten Unterschriften von rund 73.000 Bürgerinnen und

Bürgern den gesetzlichen Ansprüchen genügen.

Die Volksinitiative will, dass im nordrhein-westfälischen Kommunalwahlrecht das Kumulieren und Panaschieren eingeführt wird. Die Landtagspräsidentin kündigte bei der Entgegennahme an, das Ergebnis der Prüfung werde der Landtag noch vor der Sommerpause bekannt geben.

Foto: Schälte

Wege zu mehr Einnahmen

Ausschuss erörtert Steuererhebung und Effizienzsteigerung

Das Thema „Finanzverwaltung“ stand im Mittelpunkt der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Vorsitz Anke Brunn, SPD) Anfang April in Aachen. Ort der Tagung war das neue Finanzamtzentrum Aachen, das sich aus den ehemaligen Finanzämtern Kreis Aachen und der Stadt Aachen zusammensetzt. Als zweiter wichtiger Punkt stand die Situation der WestLB auf der Tagesordnung. Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) informierte über die aktuelle Lage und die geplanten Schritte der Landesregierung. Dieses Thema soll in einer Anhörung des Ausschusses am 5. Mai noch einmal zur Sprache kommen.

Unter dem Stichwort „Initiative Finanzverwaltung“ erörterten die Abgeordneten die Frage, wie die Verwaltung der Steuereinnahmen gestärkt und insgesamt die Effizienz verbessert werden kann. Grundlage der Beratungen waren die aktuellen Erfahrungen wie auch eine Vorlage der SPD-Fraktion. Parteiübergreifend wurde das Ziel betont, eine gerechte Steuererhebung zu gewährleisten.

Im Zentrum der Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition stand die personelle Situation der Finanzämter, insbesondere im Mittleren Dienst. Auf der einen Seite verlangten Harald Schartau, Gisela Walsken (beide SPD) und Rüdiger Sagel (fraktionslos) Planungssicherheit für den Mittleren Dienst und einen Verzicht auf die Streichermerke (sogenannte „kw-Stellen“). So könnten unter anderem Mehrbelastungen wie durch die Reform der Pendlerpauschale aufgefangen, aber auch mehr Betriebsprüfungen ermöglicht werden. Gerade letztere könnten sich durch die gesteigerten Einnahmen selbst finanzieren; ein Test

in einem geeigneten Finanzamt sei vielleicht sinnvoll.

Bernd Krüchel und Volkmar Klein (beide CDU) hielten dem entgegen, dass man nach jahrelanger Ausblendung des Mittleren Dienstes – auch mit Blick auf die Haushaltssituation – erst langsam umsteuern könne. Des Weiteren sei es aufgrund der Struktur des Landes mit seinen Ballungsgebieten und seinen ländlichen Räumen schwierig festzustellen, wo exakt mehr Betriebsprüfungen rentabel seien. Die erfreuliche Verbesserung der Einnahmen des Landes habe erst einmal dazu geführt, dass das Defizit kleiner geworden sei. Dies bedeute aber nicht, dass es nun wirklich mehr verteilbare Mittel gebe. Dieser Ansatz wurde auch von Minister Linssen unterstützt; der Weg der aktuellen Landesregierung sei der Weg des Abbaus der vorhandenen Schulden.

Einigkeit herrschte in dem Punkt, das Steuerrecht – auch im Hinblick auf die Gesetzgebung des Bundes – verstärkt daraufhin zu überprüfen, dass es von der Verwaltung in vernünftiger Form umgesetzt werden könne. Für die FDP

fügte Angela Freimuth hinzu, die jetzige Regierung habe ja immerhin einige Hundert neue Stellen im Mittleren Dienst geschaffen. Andere Stellen, die zur Streichung vorgesehen sind, sollen solange erhalten bleiben, bis die Mehrbelastung unter anderem durch eine verbesserte elektronische Datenverarbeitung aufgefangen werden könne. Gerade hier mache es Sinn, auf eine einheitliche Struktur für alle Bundesländer hinzuwirken.

Ergänzt wurde die Debatte über die Finanzverwaltung durch den Punkt „Bekämpfung der Steuerflucht“. Dem entsprechenden Antrag der grünen Fraktion ging mit Blick auf den Fall „Lichtenstein“ von der Überlegung aus, dass die Verfolgung von Steuerhinterziehung nicht nur eine finanzpolitische und steuerpolitische, sondern insbesondere auch eine gesellschaftspolitische Aufgabe sei. Notwendig seien 4.500 Stellen im Bereich der Steuerprüfung. Dem hielt der Finanzminister entgegen, dass er sich freue, jetzt erst einmal das Ziel von 3.500 Betriebsprüfern erreicht zu haben.

Des Weiteren wurde auf der Grundlage einer Verwaltungsvorlage das Thema Fusion von Finanzämtern in NRW vertieft. Auch wenn es kurzfristig keine konkreten Pläne gebe, so sei es doch wichtig, dieses Mittel zur Verbesserung der Effizienz nicht aus den Augen zu verlieren. Der Ausschuss erörterte die Frage, wie man die Mitarbeiter bei einer solchen Fusion einbinden und auf ihre Sorgen eingehen könne. Dies sei notwendig, wenn eine Fusion zu besseren Arbeitsabläufen und damit einer besseren Leistung eines Finanzamts führen solle. Dann wollten die Abgeordneten von den Praktikern wissen, inwiefern eine verbesserte Ausstattung im Bereich der Datenverarbeitung zum Gelingen einer Fusion von Finanzämtern beitragen kann.

CW

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, ist für den 28. April 2008 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter der Nummer (0211) 884-4444 erforderlich.

+++

Über die verzögerte Auszahlung von Erziehungsgeld informierten sich die Abgeordneten im **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** (Vorsitz Andrea Milz, CDU) sowie im **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform**. Hintergrund waren Medienberichte, nach denen tausende Eltern teilweise seit Monaten auf die Auszahlung von Erziehungsgeld warten. „Es hat Schwierigkeiten bei der Bearbeitung von Anträgen gegeben“, erklärte Manfred Palmen, parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium. Die Kommunalisierung der Versorgungsverwaltung habe zu einem „Bearbeitungsstau“ geführt. Seit Januar 2008 ist die Bezirksregierung Münster für die Auszahlung des Erziehungsgelds zuständig. Sie habe 10.000 unbearbeitete Anträge übernehmen müssen. Palmen zeigte sich zuversichtlich, dass diese Anträge bis Ende Mai abgearbeitet seien. Den Betroffenen sicherte er zu, durch Vorauszahlungen die finanzielle Versorgung zu sichern.

+++

Eine lückenlose Aufklärung der „Libyen-Affäre“ forderten die Abgeordneten im **Innenausschuss** (Vorsitz Winfried Schittges, CDU). SPD und GRÜNE hatten eine Aktuelle Viertelstunde beantragt. Auslöser waren Vorwürfe gegen nordrhein-westfälische Polizeibeamte, sie hätten im Urlaub Sicherheitskräfte in Libyen geschult. Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) nannte dieses Verhalten „vollkommen inakzeptabel“. Er warnte jedoch vor einer „Aktivismuswelle“, da man sich in einem laufenden Rechtsverfahren befinden und Ermittlungsergebnisse abwarten müsse. Die Opposition kritisierte, dass der Minister das Parlament nicht früher informiert habe. Monika Düker (GRÜNE) bezeichnete die Vorwürfe als „schweren Schlag für das Vertrauen der Bürger in die Po-

lizei“, während Dr. Karsten Rudolph (SPD) von einem „ausgewachsenen Skandal“ sprach. Der innenpolitische Sprecher der CDU, Theo Kruse, erklärte, Polizeibeamte dürften jetzt nicht unter Generalverdacht gestellt werden. „Was ging in den Köpfen der Beamten vor?“, fragte der FDP-Abgeordnete Horst Engel. Er betonte, der Innenminister habe mit seinem Krisenmanagement „alles richtig gemacht“. Nun müssten die Ermittlungen zeigen, wer für das Verhalten der Polizisten verantwortlich sei. Hierzu Engel: „Die Spur führt ins Kanzleramt.“



Illustration: Peter Flock

Über den Verband „Special Olympics“ informierte sich der **Sportausschuss** (Vorsitz Axel Wirtz, CDU) in seiner jüngsten Sitzung. Seit etwa zweieinhalb Jahren existiert der Verband in Nordrhein-Westfalen, der sich als Teil einer weltweiten Bewegung versteht. „Special Olympics“ ermöglicht Sportaktivitäten für Menschen mit geistiger Behinderung und Mehrfachbehinderung in über 30 olympischen Sportarten. Der Verband ist vom Internationalen Olympischen Komitee als Sportbewegung anerkannt. Anders als bei den Paralympics, bei denen körperlich behinderte Athleten im Wettbewerb gegeneinander antreten, steht bei „Special Olympics“ nicht die Leistung im Vordergrund. Ziel der Bewegung, die weltweit rund 2,5 Millionen Mitglieder hat, ist vielmehr die positive Beeinflussung der öffentlichen Meinung und die Akzeptanz geistig behinderter Menschen über den Sport. Durch Veranstaltungen wie die „Special Olympics World Games“ will der Verband die Integration von geistig behinderten Menschen in

Nordrhein-Westfalen fördern. Die Abgeordneten im Sportausschuss begrüßten fraktionsübergreifend diese Zielsetzung.

+++

Ein neues Gleichgewicht zwischen den Aufgaben der Kommunen und ihrer finanziellen Ausstattung forderten die Grünen im **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** (Vorsitz Edgar Moron, SPD). Ihrer Meinung nach behindere das Nothaushaltsrecht ein sinnvolles Wirtschaften der Städte und Gemeinden. Die Landesregierung müsse gerade den Kommunen mit Nothaushalten „sinnvolle Investitionen“ über Kreditfinanzierung ermöglichen, betonten die Grünen in ihrem Antrag (Drs. 14/6156). Dagegen erklärte Bodo Löttgen (CDU), an erster Stelle müsse auch weiterhin der Haushaltsausgleich stehen. Es sei nicht sinnvoll, dass sich hochverschuldete Kommunen weiter verschulden könnten. „Wir müssen weg von dieser Mentalität“, meinte der Christdemokrat. Investitionen, die dem Schuldenabbau der Kommunen dienen, seien bereits zum jetzigen Zeitpunkt möglich. Die Regierungsfractionen von CDU und FDP lehnten den Antrag gegen die Stimmen von Grünen und SPD ab.

+++

Der Fall eines 26-jährigen Türken, der im Februar auf einer Polizeiwache in Hagen kollabiert und später im Krankenhaus verstorben war, beschäftigte den **Rechtsausschuss** (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP). Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) berichtete den Abgeordneten über den Stand der Ermittlungen. Die Todesursache des Mannes sei weiterhin unklar. Die Obduktion habe äußere Gewaltausübung mit Todesfolge nicht bestätigen können. Es werde aber weiterhin gegen elf Polizeibeamte wegen Körperverletzung ermittelt. Thomas Stotko (SPD) und Monika Düker (GRÜNE) forderten, den Fall stärker unter integrationspolitischen Aspekten zu betrachten. Stotko verwies darauf, dass der Wunsch des türkischen Konsulats in Essen nach ausführlicher Information nicht ausreichend erfüllt worden sei. Düker schlug vor, die Öffentlichkeitsarbeit der zuständigen Behörden auszuweiten, um so das Misstrauen der türkischen Mitbürger gegenüber der deutschen Justiz zu reduzieren.



„Augen nicht verschließen“

Experten wollen Runden Tisch zum Thema Prostitution

Landesweit einheitliche Regeln für das Prostitutionsgewerbe forderten Sachverständige im Ausschuss für Frauenpolitik (Vorsitz Elke Rühl, CDU). Die Vertreterinnen und Vertreter von Beratungsstellen, aus öffentlicher Verwaltung und der Rechtslehre unterstützten damit den Antrag der Grünen (Drs. 14/5220), in Nordrhein-Westfalen Grundlagen für die Umsetzung des Prostitutionsgesetzes zu schaffen.

„Ohne Glanz und Glamour, Prostitution und Frauenhandel im Zeitalter der Globalisierung“ ist der Titel der Ausstellung, die bis vor kurzem im Landtag gezeigt wurde. Foto: Schälte

Im Januar 2002 ist das Prostitutionsgesetz (ProstG) auf Bundesebene in Kraft getreten. Mit diesem Gesetz will der Bund Prostituierten eine legale, sozialrechtlich abgesicherte Arbeit ermöglichen. Die Grünen im Landtag kritisieren, dass in Nordrhein-Westfalen bislang keine einheitlichen rechtlichen Grundlagen für das Prostitutionsgewerbe geschaffen worden seien. Sie wollen die Landesregierung auffordern, einen „Runden Tisch NRW“ einzurichten, der mit Sachverständigen und Betroffenen ein Konzept erarbeiten soll. Dieser Vorschlag stieß bei den Expertinnen und Experten im Ausschuss für Frauenpolitik auf große Zustimmung. „Die Vorschriften für das Prostitutionsgewerbe werden bislang von Kommune zu Kommune unterschiedlich ausgelegt“, konnte Stefanie Klee vom Bundesverband „Sexuelle Dienstleistungen e.V.“ bestätigen. Dies betreffe insbesondere Vorschriften zur gewerblichen Anmeldung sexueller Dienstleistungen und zu ärztlichen Untersuchungen. „Viele Prostituierte und Callboys sind verunsichert“, so Klee.

Von bestehenden Widersprüchlichkeiten in der Verwaltungspraxis berichtete auch Dr. Margarete Gräfin von Galen, Präsidentin der Berliner Rechtsanwaltskammer. Während die Finanzämter im Land Prostitution als Gewerbe anerkennen würden, sei dies bei Gewerbebeamten in vielen Kommunen nicht der Fall. Nordrhein-Westfalen müsse einheitliche Standards schaffen. Die Pflicht zur Gewerbeanmeldung sei auch im Sinne der Prostituierten

notwendig. So könne es gelingen, die Antragstellerinnen in den Gewerbeämtern auf weitere Beratungsangebote hinzuweisen.

„Wir müssen die Rechte der Behörden und damit auch die Rechte der Frauen stärken“, meinte Ortwin Schäfer, der Leiter des Dortmunder Ordnungsamtes. Er berichtete den Abgeordneten von den Maßnahmen der Stadt Dortmund, die viele der Experten als muster-gültig bezeichneten. Über eine gaststättenrechtliche Konzessionierung von Bordellen sei es in der Stadt möglich, den Betrieben Auflagen zu erteilen und die Bordelle „auf eine legale, rechtlich abgesicherte Schiene zu bringen“. Außerdem sei es gelungen, den Straßenstrich in ein altes Gewerbegebiet zu verlagern und dort Holzboxen für die Autos der Freier aufzustellen. Diese Maßnahme schaffe den Prostituierten ein sicheres Umfeld für ihre Dienstleistungen. „Wir können vor Prostitution die Augen verschließen, oder wir können uns dem Thema stellen und das Gewerbe regulieren“, machte Schäfer deutlich.

RECHTLICHE STANDARDS

Bedenken gegenüber den regional unterschiedlichen Regelungen äußerte im Ausschuss Professor Joachim Renzikowski. Der Jurist der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg vertrat die Meinung, uneinheitliche Vorschriften würden illegale Prostitution begünstigen. „Das Prostitutionsgesetz auf Bundes-

ebene kann die Ausbeutung von Frauen und den Menschenhandel allein nicht verhindern“, so Renzikowski. Er hielt eine ergänzende Gesetzgebung auf Landesebene für erforderlich, „denn Standards gewähren Rechtssicherheit“. Über die Praxis der Beratungsarbeit für Prostituierte informierten Mechthild Eickel (Madonna e.V.) und Gisela Zohren (Dortmunder Mitternachtsmission) die Abgeordneten. Beide begrüßten den Vorschlag eines Runden Tisches. „Wir brauchen Auflagen für die Bordelle“, forderte Eickel und erklärte zugleich, die Informationsangebote für Prostituierte müssten stärker den Lebensbedingungen der Frauen angepasst werden. „Viele Prostituierte sind über ihre Rechte und Pflichten nicht informiert, da sie nicht zu den Behörden gehen“, so die Sachverständige.

Die Zusammenarbeit der Beratungsstellen mit der Polizei brachte im Anschluss der Dortmunder Kriminalkommissar Heinrich Minzel zur Sprache. „Gemeinsam haben wir in Dortmund bereits viele Probleme lösen können. Darauf sind wir stolz“, so Minzel. Den Wunsch der Sachverständigen zu einer landesweiten Zusammenarbeit äußerte schließlich auch Jörg Mösgen, stellvertretender Vorsteher des Finanzamtes Dortmund-West. Insbesondere die Finanzaufsicht benötige mehr Erkenntnisse zum Gewerbe, um Modelle zum Schutz von Prostituierten nicht durch finanzrechtliche Maßnahmen zu torpedieren. Sein Fazit: „Das Zusammenspiel aller Institutionen ist unbedingt notwendig.“

SW

Durch lebendige Erinnerung Zukunft gestalten – Förderung der Kultur der Heimatvertriebenen


CDU

DIE LANDTAGSFRAKTION

Die Koalitionsfraktionen und die von ihr getragene Landesregierung setzen sich seit dem Regierungsantritt im Jahr 2005 engagiert für die legitimen Interessen der Heimatvertriebenen ein und werden dies auch weiterhin tun.“ Das betonte der Beauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler der CDU-Landtagsfraktion, Horst Westkämper (Foto), im Düsseldorfer Landtag vor Vertretern der Vertriebenenverbände. Bei einer politischen Zwischenbilanz stellte Westkämper einen Vergleich zwischen der derzeitigen Situation und den im Positionspapier der CDU-Landtagsfraktion vom 1. März 2005 festgehaltenen Zielvorstellungen an. Dabei kamen die Gesprächspartner zu dem



Ergebnis, dass die schwarz-gelbe Koalition bereits sehr viel für die Heimatvertriebenen erreicht habe.

So habe die Koalition trotz der kritischen Haushaltssituation des Landes mit der Ankündigung, dass die Mittel für die Kulturförderung noch in dieser Legislaturperiode verdoppelt werden sollen, einen politischen Schwerpunkt gesetzt. Gleichzeitig sei die unter Rot-Grün komplett eingestellte Projektförderung nach Paragraph 96 Bundesvertriebenengesetz

wieder aufgenommen worden. Und die CDU-Landtagsfraktion setzte ihrerseits ebenfalls ein kulturpolitisches Signal, indem sie im Februar vergangenen Jahres in ihren Räumen eine Ausstellung von Skulpturen und Fotografien des

oberschlesischen Künstlers Heinz Tobolla ermöglichen.

Westkämper: „Flucht und Vertreibung sind Themen, die gerade die Menschen in Nordrhein-Westfalen in besonderem Maße berühren. Ein Viertel der nordrhein-westfälischen Bevölkerung hat heute ihre Wurzeln in der Heimat der Vertriebenen. Die Kulturförderung leistet einen wichtigen Beitrag dazu, das Bewusstsein hierfür wach zu halten.“ Dies sei umso wichtiger, als die Erlebnisgeneration von Flucht und Vertreibung altersbedingt immer kleiner werde. Westkämper: „Erst jüngst haben wir deshalb gemeinsam mit unserem Koalitionspartner einen Antrag in den Landtag eingebracht und verabschiedet, in dem wir die Landesregierung dazu auffordern, eine Lehrerhandreichung zum Themenkomplex Flucht und Vertreibung zu erstellen. Die CDU-Fraktion im Düsseldorfer Landtag wird auch weiterhin engagiert daran arbeiten, durch lebendige Erinnerungskultur Zukunft zu gestalten.“

Steinkohlenbergbau schnellstmöglich beenden

FDP NRW
 Die Landtagsfraktion

Die FDP-Landtagsfraktion hat Anfang April zu einer Anhörung „Bergbauschäden in NRW“ Sachverständige und Betroffene in den Landtag eingeladen. Über 100 Gäste, zumeist direkt vom Bergbau betroffene Bürger aus den sieben Bergbauregionen in Nordrhein-Westfalen, waren der Einladung der Liberalen gefolgt. Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Dietmar Brockes (Bild), betonte in seiner Begrüßung: „Die FDP-Landtagsfraktion fordert die RAG auf, sich schnellstmöglich aus den Gebieten zurückziehen, in der sie durch den Kohleabbau die höchsten Bergschäden verursacht. Die RAG sollte ein eigenes Interesse daran haben, die Zechen mit den höchsten Bergschadenskosten vorrangig zu schließen, damit sich der Regulierungsaufwand von rund 300 Millionen Euro pro Jahr minimiert.“

2.033 bergbaulich bedingte Erdstöße hat die Erdbebenstation Bensberg in den vergangenen zehn Jahren registriert. Insbesondere im Jahr 2006 war die Rate rund um die Bergbauregionen besonders hoch, führte Klaus-Günter Hinzen aus. Der Leiter der Erdbebenstation Bensberg

der Universität Köln wies außerdem auf den Zusammenhang zwischen der Aktivitätsrate der seismischen Ereignisse und der jeweiligen Abbausituation hin. „Je tiefer und schneller Kohle abgebaut wird, desto stärker fallen tendenziell die Erdbeben in den Fördergebieten aus.“ Der Vorstandssprecher des Landesverbandes der Bergbaubetroffenen, Klaus Friedrichs, bezeichnete die FDP in Nordrhein-Westfalen und im Bund als einen verlässlichen Partner der Bergbaubetroffenen. Er forderte die Politik auf, die „Kumpaneistrukturen“, die der Bergbau seit Jahrzehnten aufgebaut hat, endgültig zu zerschlagen. Gleichzeitig müsse das Bergschadensrecht demokratischer und die Privilegien des Bergbaus abgebaut werden. „Bei der Beendi-

gung des Bergbaus darf die Sozialverträglichkeit nicht nur bei den Arbeitnehmern der RAG, sondern muss auch bei den Bergbaubetroffenen Anwendung finden“, so Friedrichs. Die Sprecher der Initiativen der Bergbaubetroffenen waren sich einig und forderten ein sofortiges Ende des Steinkohlenbergbaus in NRW.





»Bei uns steht der Mensch im Mittelpunkt und nicht der Markt.«

Bei uns steht der Mensch im Mittelpunkt und nicht der Markt

Mit der Broschüre „Bei uns steht der Mensch im Mittelpunkt und nicht der Markt“ hat die SPD-Landtagsfraktion ihren Rechenschaftsbericht 2008 veröffentlicht. Auf 56 Seiten werden dort die Schwerpunkte der politischen Arbeit der SPD im Düsseldorfer Landtag für die Menschen in Nordrhein-Westfalen dargelegt. Die Positionen, Anträge und Initiativen werden in 15 Kapiteln vorgestellt: Von Arbeit bis Verbraucherschutz. Dabei hat die SPD-Fraktion ihre politische Arbeit konsequent an der Leitlinie einer guten und gerechten Politik für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen ausgerichtet. Ein starkes Land wie NRW braucht auch eine solche Politik, die soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Vernunft und ökologische Verantwortung miteinander verknüpft.

Der Bericht kann kostenlos bei der Pressestelle der SPD-Fraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, bestellt werden. Natürlich findet man ihn auch im Internet: www.spd-fraktion.landtag.nrw.de



Grüne fordern besseren Datenschutz am Arbeitsplatz

DIE GRÜNEN —
im Landtag NRW

Ob LIDL, PLUS oder EDEKA oder der Fleischverarbeitungsbetrieb Tönnies – allen Schlagzeilen ist eines gemeinsam: Es ist skandalös, welche Methoden ergriffen werden, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzuschüchtern. Sie werden an ihren Arbeitsplätzen heimlich beobachtet, ihre privaten Gespräche, ihre Arbeitsweise, ja sogar Toilettengänge erfasst. Pressewirksame Entschuldigungen der jeweiligen Geschäftsleitung wie im Falle LIDL oder die Behauptung betroffener Unternehmen, die Bespitzelung diene dem Schutz vor Diebstählen rechtfertigen mitnichten eine so massive Verletzung der Persönlichkeitsrechte.

Die Grüne Fraktion hält die systematische heimliche Überwachung von Beschäftigten ohne konkreten Verdacht eines schwerwiegenden Vergehens für skandalös und rechtswidrig. Bei persönlichen Daten ist höchste Sensibilität gefordert. Personenbezogene Daten der Beschäftigten sollten nur dann erhoben,

verarbeitet und genutzt werden dürfen, wenn dies zur Begründung, Durchführung oder Beendigung eines Arbeitsverhältnisses erforderlich ist. Vor allem müssen die Beschäftigten über den Zweck der Datenerhebung und die Auswertung der Daten Bescheid wissen, damit die erforderliche Transparenz gewährleistet ist. Der Persönlichkeitsschutz am Arbeitsplatz muss insgesamt gestärkt werden.

Die Erkenntnisse sind keinesfalls neu. Datenschutz ist kein Luxus, er ist notwendig und sollte in einem Rechtsstaat selbstverständlich sein. Die Datenschutzbeauftragten der Länder und des Bundes weisen seit Jahren auf das Problem eines fehlenden

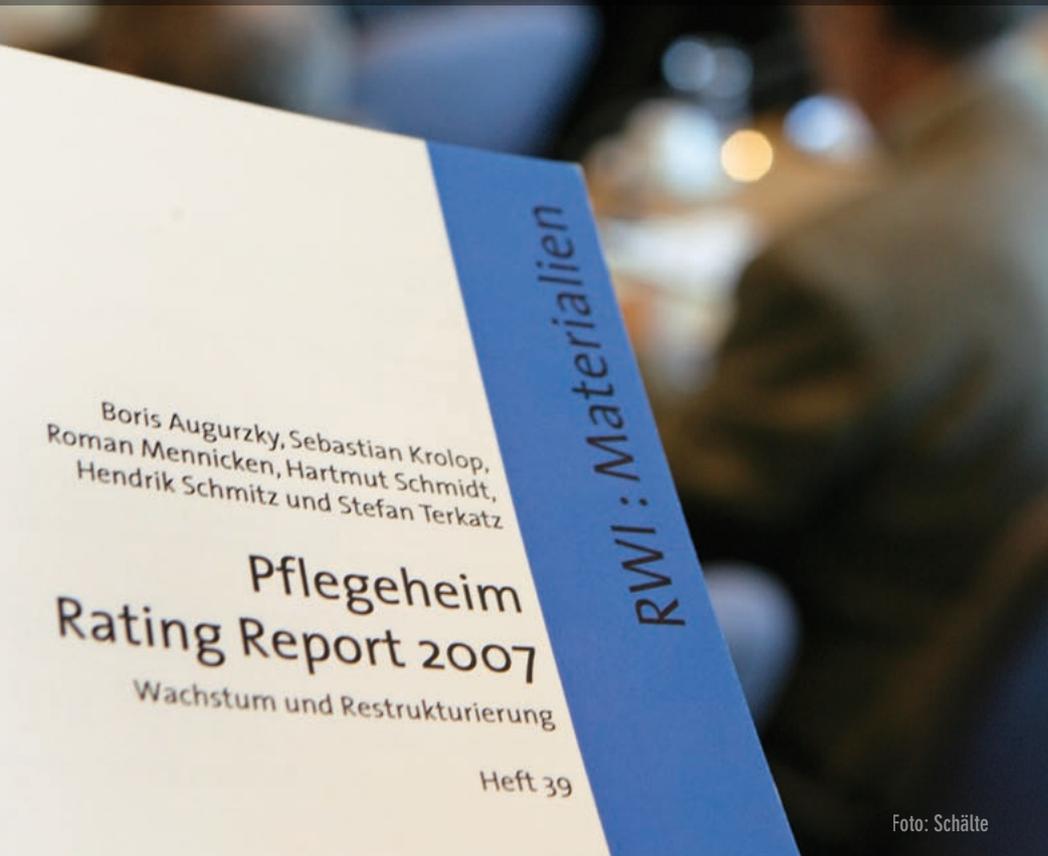


Arbeitnehmerdatenschutzes hin. Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, eine Bundesratsinitiative zu starten, um ein Datenschutzgesetz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erreichen.

Frage nach der Qualität

Expertengespräch im Ausschuss: Bessere Pflege über den Preis?

Wie entwickelt sich der Pflegemarkt bis zum Jahr 2020? Aufschluss über diese Frage erwarteten die Abgeordneten des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) von einem Experten. Dr. Sebastian Krolop, Unternehmensberater der Gesundheitswirtschaft bei der ADMED GmbH, stellte im Ausschuss den „Pflegeheim Rating Report 2007“ vor, der die wirtschaftliche Situation deutscher Pflegeheime beleuchtet.



Krolop erklärte, in Nordrhein-Westfalen seien die Preise für einen Pflegeheimplatz deutlich höher als in anderen Bundesländern. Außerdem Sorge der demografische Wandel in Deutschland zukünftig für einen Mangel an Heimplätzen. Bundesweit gibt es zurzeit 650.000 stationäre Pflegeplätze, der Bedarf könnte bis 2020 auf bis zu 850.000 Heimplätze ansteigen. Der Sachverständige sah darin eine Herausforderung für den Pflegesektor und die gesamte Gesellschaft.

Durch die hohen regionalen Preisdifferenzen bei schwer erkennbaren Qualitätsunterschieden sei eine Intransparenz auf dem Pflegemarkt entstanden, die die Landesregierung mit Hilfe externer Berater abzubauen versucht. Krolop schlug eine stärkere Differenzierung des Pflegeangebots vor. Diese könnte helfen, die Finanzierbarkeit der Einrichtungen zu gewährleisten. Konkret brachte er „Zwei-Sterne- bis Fünf-Sterne-Pflegeheime“ sowie eine Differen-

zierung innerhalb eines Heims ins Gespräch. Mindeststandards müssten dabei „gesetzlich vorgegeben sein und kontrolliert werden“.

Die Sterne-Kategorisierung stieß bei den Grünen auf Kritik. Barbara Steffens, arbeits-, gesundheits- und sozialpolitische Sprecherin der Fraktion, kritisierte, dass damit die Finanzkraft der Pflegebedürftigen über die Qualität der Betreuung entscheide.

Rudolf Henke (CDU) sah die Sache anders: Finanzielle Möglichkeiten wirkten sich wie überall im Leben auch im Fall von Pflegebedürftigen auf die Leistungen aus, die sie beanspruchen können. Es sei allerdings ungeklärt, ob sich die hohen Preise in der Pflegequalität niederschlagen. In diesem Punkt forderte er eine größere Transparenz. Gleichzeitig wies Henke auf die Probleme der Messbarkeit eines Preis-Leistungsverhältnisses hin: Ist das Messbare auch das Wichtige? Die Sterne-Kategorisierung nannte er „eine fiktive Abbildung von

Qualität“. Solange eine objektive Messbarkeit nicht gewährleistet sei, müsse die Preisgestaltung der Pflegeheime über den Wettbewerb oder Einheitspreise laufen.

In eine ähnliche Richtung ging auch die Aussage des gesundheits- und sozialpolitischen Sprechers der SPD, Norbert Killewald, der von Klagen von Selbstzahlern über die Höhe der Entgelte zu berichtete. Killewald bemängelte, dass das Preis-Leistungsverhältnis „derzeit nicht objektiv beurteilt werden kann“.

ZUFRIEDENHEIT

Einen anderen Aspekt brachte FPD-Sprecher Dr. Stefan Romberg ins Gespräch. Er erwähnte Zufriedenheitsfaktoren, „die nichts direkt mit dem Pflegeheim selbst zu tun haben“ und von diesem nicht beeinflussbar seien. So sei etwa regelmäßiger Verwandtschaftsbesuch ein wichtiger Baustein für die Zufriedenheit der Pflegebedürftigen, der seiner Ansicht nach nie mit Daten fassbar sein wird. Bei einer Umfrage würden folglich solche persönlichen Faktoren eine große Rolle spielen und die Ergebnisse beeinflussen.

Die Grünen machten auf den Bedarf von neuen Pflegeangeboten und Wohnformen wie Seniorenwohngemeinschaften aufmerksam und sprachen von einer „Nachfrageverlagerung der Betroffenen“. Die klassische stationäre Pflege laufe in den Kommunen leer, man dürfe ambulante und häusliche Betreuungsformen nicht aus den Augen verlieren.

Dr. Krolop lenkte in seiner Präsentation die Aufmerksamkeit der Ausschussmitglieder auf eine weitere richtungweisende Frage: „Wie können wir Pflegebedürftige in Zukunft adäquat und finanzierbar versorgen, ohne die Jüngeren stärker zu belasten?“ Die im letzten Jahr beschlossene Reform der Pflegeversicherung reiche nicht, um bei konstanten Pflegequoten auf Dauer die Pflege ohne Anzapfen der Kapitalreserven der sozialen Pflegeversicherung zu finanzieren, meinte er. Zudem sei bis 2020 ein Kapitalbedarf von 12,1 Milliarden Euro für den Bau neuer Pflegeplätze notwendig. Deshalb müssten die Beitragssätze in rund zehn Jahren nochmals angehoben werden. Dem pflichtete Romberg bei: Die jetzige Pflegeversicherung „sichert uns noch acht Jahre“, die Nachhaltigkeit sei gleich null.

Auch wenn in dieser Sitzung viele Fragen offenbleiben mussten, wurde erneut deutlich, dass die Gesundheitspolitik in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen steht. Eine gute Botschaft konnte Krolop aber auch verkünden: Im bundesdeutschen Vergleich sind die Pflegeheime in NRW wirtschaftlich am besten aufgestellt.

LD-ML

Porträt: Karl Schultheis (SPD)



Das Karl Schultheis als sozialdemokratischer Abgeordneter gegen Studiengebühren für das Erststudium ist, versteht sich von selber. Eine andere Qualität hat da schon seine feste Zusicherung, bei einem SPD-Wahlsieg im Jahr 2010 das Erststudium wieder gebührenfrei zu machen. Und der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Fraktion belässt es nicht bei Versprechungen für die Zukunft. Als Pragmatiker hat er über schon jetzt konkret entlastende Möglichkeiten nachgedacht und herausgefunden, dass die Gebühren fürs Erststudium unter bestimmten Voraussetzungen steuerlich absetzbar sind. Deshalb rät der Oppositionspolitiker Karl Schultheis: „Ich kann nur jeden Studierenden auffordern zu prüfen, ob es sich nicht lohnt, die Studiengebühren in der Steuererklärung anzugeben.“

Der engagierte Sozialdemokrat weiß, wovon er spricht. Denn er beschäftigt sich seit 1985 mit Hochschulfragen. Damals war er als SPD-MdL zehn Jahre lang hochschulpolitischer Sprecher. Danach arbeitete er zehn Jahre im NRW-Wissenschaftsministerium, ehe er 2005 als Abgeordneter in das Parlament zurückkehrte. Mit Sorge verfolgt der gebürtige Aachener den Rückgang der Studierendenzahlen, weil die jungen Menschen von den Studiengebühren abgeschreckt würden. „Angesichts des steigenden Bedarfs an hochqualifizierten Beschäftigten in der Wirtschaft brauchen wir mehr Studierende“, kritisiert der Oppositionspolitiker die Regierungspolitik. Freimütig räumt der SPD-Politiker ein, dass es schwierig

sei, aus der Opposition heraus etwas zu verändern. Doch gerade die sich abzeichnenden Korrekturen in der Hochschulpolitik seien ein gutes Beispiel dafür, wie man auch als Opposition etwas bewirken könne, wenn man alle Möglichkeiten offensiv nutze.

LEIDENSCHAFT

Neben seiner Arbeit im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie engagiert sich Schultheis im Petitionsausschuss. Schon während seiner ersten Zeit im Landtag habe er für die Petitionsarbeit eine Leidenschaft entwickelt, die er jetzt wiederentdeckt habe. „Der Ausschuss gewährt einen umfangreichen Überblick über die Sorgen der Bürger“, ist Schultheis überzeugt. „Unabhängig von der Mehrheitsfindung im Landtag hat man als Mitglied im Petitionsausschuss die Chance, erfolgreich Probleme der Bürger zu beheben oder Fehlentwicklungen entgegenzuwirken“, sagt der SPD-Mann und fügt hinzu: „Der Ausschuss dient der Demokratiepflge. Die Arbeit ist sehr zeitaufwendig, aber es ist gut investierte Zeit.“

Karl Schultheis ist ganz bewusst in die Politik gegangen. Als Sprössling einer traditionell sozialdemokratisch orientierten Familie trat Schultheis bereits als 16-jähriger in die SPD ein. Nach Schule und Anglistik- sowie Geschichtstudium an der RWTH Aachen gelangte er zu der Auffassung, dass man selber ein Mandat übernehmen müsse, um eigene Ideen in Realität umwandeln zu können. 1985 und 1990 hat er seinen Wahlkreis in Aachen direkt gewonnen. Als danach der Sprung ins Parlament nicht mehr klappte, hat Schultheis zunächst als Persönlicher Referent, dann als Gruppenleiter Forschung im Ministerium für Wissenschaft und Forschung gearbeitet.

Doch die aktive politische Arbeit ließ ihn nie los. Seit 1989 sitzt er im Rat seiner Heimatstadt, seit 1994 ist er Vorsitzender der Aachener SPD, seit 2002 Mitglied im SPD-Landesvorstand. Bei der letzten Landtagswahl kandidierte der Sozialdemokrat, der verheiratet ist und einen Sohn hat, erneut – diesmal über Liste – erfolgreich für den NRW-Landtag. Der Parlamentarier versteht sich als Verbindungsmann zwischen der Kommunal- und Landespolitik. „Ich versuche landespolitisch das durchzusetzen, was wir kommunalpolitisch auch umsetzen können.“ Um Kontakt zu den Bürgern zu halten, ist ihm die Wahlkreisarbeit besonders wichtig. „Ich habe in Aachen ein Büro und Sprechzeiten, bin aber auch jederzeit über Handy zu erreichen“, versichert er.

Autorin: Gerlind Schaidt

Früher Kampf um Demokratie

Preußen im Westen“ ist der Titel; der Untertitel lautet „Kampf um den Parlamentarismus im Rhein und Westfalen 1789–1947“. Das Ringen um Demokratie in unserem Land hat nicht erst 1946 mit der Landesgründung begonnen, ist die These des Münsteraner Professors Wilhelm Ribhegge, der er in dem 804 Seiten umfassenden Werk nachgeht. Das Buch ist erschienen im Aschendorff-Verlag und wird herausgebracht durch die Landeszentrale für politische Bildung, wo es auch bezogen werden kann.



Preußen im Westen ging aus den Umwälzungen der Französischen Revolution und der Napoleonischen Kriege hervor. 1815 wurden das Rheinland und Westfalen Preußen zugesprochen. Die beiden Westprovinzen im preußischen Staatsverband standen dabei im 18. und 19. Jahrhundert immer wieder im Mittelpunkt politischer Ereignisse, die sich in dramatischen Parlamentsdebatten niederschlugen. Diese Debatten zeichnet das Buch nach. Die Auseinandersetzung mehrerer Generationen rheinisch-westfälischer Politiker mit Preußen formt, so Ribhegge, eine politische Kultur der parlamentarischen Demokratie, die auch die Anfänge Nordrhein-Westfalens und der Bundesrepublik geprägt hat. ■

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinterh, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Jürgen Knepper (Chefredakteur), Bernd Schälte (Fotoredaktion)
Redaktionelle Mitarbeit:

Doro Dietsch, Sebastian Wuwer
Telefon (0211) 884-2304, 884-2545, 884-2309 und 884-2450
Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 20. April bis 16. Mai 2008

20.4. Lothar Hegemann (CDU)	61
20.4. Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU)	56
22.4. Heinrich Kemper (CDU)	59
23.4. Monika Düker (GRÜNE)	45
28.4. Thomas Jarzombek (CDU)	35
28.4. Peter Kaiser (CDU)	42
2.5. Rainer Deppe (CDU)	52
5.5. Bodo Löttgen (CDU)	49
7.5. Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)	60
9.5. Marie-Theres Kastner (CDU)	58
9.5. Michael Solf (CDU)	62
12.5. Friedhelm Ortgies (CDU)	58
15.5. Regina van Dinther (CDU)	50
16.5. Dr. Gerhard Papke (FDP)	47

Richtigstellung

7.4. Peter Brakelmann (CDU)	50
-----------------------------	----

Hannelore Kraft, SPD-Fraktionsvorsitzende, ist auf dem Düsseldorfer Parteitag der nordrhein-westfälischen SPD in ihrem Amt als NRW-Landesvorsitzende bestätigt worden. 427 Delegierte stimmten für sie, 442 gaben ihr Votum ab: Damit erreichte Kraft eine Zustimmungsquote von 96,6 Prozent.

Jürgen Hollstein, CDU-Abgeordneter, ist neuer Vorsitzender des Kölner CDU-Kreisverbands. Mit 67 Prozent setzte er sich gegen seinen Herausforderer und Fraktionskollegen Christian Möbius durch.

Ralf Witzel, FDP-Landtagsabgeordneter und Parlamentarischer Geschäftsführer seiner Fraktion, ist mit 88 Prozent der Stimmen in seinem Amt als Vorsitzender der Essener FDP bestätigt worden.

Dr. Ruth Seidl, GRÜNE-Abgeordnete aus Wasenberg, ist in einer Nachwahl zur Schriftführerin des Landtags NRW bestimmt worden. Die Sprecherin im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie folgt damit auf ihren Fraktionskollegen Ewald Groth, der als Schriftführer ausgeschieden ist.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 17. April 2008 ein: Um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Nach dem Erfolg ...

... des letzten Jahres, als 9.000 Besucherinnen und Besucher kamen, setzt der Landtag sein Angebot fort und öffnet wieder auch sonntags seine Türen. Vom 6. April bis 12. Oktober haben interessierte Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit, die Volksvertretung von innen kennenzulernen. Diesmal gibt es einen besonderen Service in Form von zwei geführten Rundgängen jeweils um 12 und 14 Uhr. Dabei unterrichtet der Besucherdienst des Landtags über die besondere Architektur des Gebäudes, das vor 20 Jahren in Betrieb genommen worden ist, über die politische Arbeit, über Debatten und Entscheidungen. Eine Einzelanmeldung ist nicht notwendig; Gruppen mit mehr als fünf Personen sollten sich vorher per Telefon (0211) 884-2955 ankündigen.

Foto: Schälte